

## Protokoll

Sitzung Nr. 7  
 Datum **Mittwoch, 15. Oktober 2014**  
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I  
 Zeit 19.00 bis 22.50 Uhr

Vorsitz	Thomann Lemann Johanna	FDP 1
1. Vizepräsidentin	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
StimmenzählerIn	Gunaratnam-Rajendra Shri Ahila Jost Klaus	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Dietiker Markus ( <i>ab 19.25 Uhr</i> ) Gerber Rudolf Kistler Fides Niklaus Marc Rhyn Hans-Jörg Steiner Philip ( <i>ab 19.25 Uhr</i> ) Zangger-Schöni Patricia	SP 7
	Aebi-Lehmann Elisabeth Bähler Peter Baumann Hans Peter Bucheli Marco Burren Markus Guggisberg Roland Mosimann Bruno Pfister-Aebersold Marianne Tschumi Samuel	SVP 9
	Hadorn Karin Köchli Martin Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 3
	Bacher Markus George Ralph ( <i>ab 19.30 Uhr</i> ) Lötscher Markus Magnani Patric Remund Marcel	FDP 5
	Ackermann Thomas ( <i>ab 19.25 Uhr</i> )	CVP 1
	Stucki Roland Zingg-Kambli Annemarie ( <i>ab 19.25 Uhr</i> )	EVP 2
	Greber-Borel Anne-Lise Kofel Peter Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 4

	Oesch Toni	FdU 1
		36
Abwesend	Bolliger Stephan Hadorn Markus Mellert Denise Lastric Dubravka	SVP 1 BDP 1 CVP 1 GFL 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Jörg Kurt Traber Peter	
Abwesend	Westphale Edi	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Medien	2	
Anzahl Zuhörende	5	

## Geschäfte

56	Pro Protokoll Protokoll vom 27. August 2014 .....	127
57	26.151.8 Kindergärten Lindenweg Neubau Kindergärten Oberdorf; Verpflichtungskredit .....	127
58	1.7.2 Politikplan Politikplan 2015 bis 2019 .....	141
59	1.601. Budget / Voranschlag Voranschlag 2015 .....	146
60	1.201.3 Finanzkommission Finanzkommission; Ersatzwahl .....	156
61	1.92.3 Interpellationen Interpellation Heinz Buser und Mitunterzeichnende betreffend "Laufende Mehrbelastungen für die Gemeinde wegen Zusatzaufgaben / Entscheidkompetenz Gemeinderat"; Antwort .....	157
62	1.92.4 Einfache Anfragen Einfache Anfrage Anne Lise Greber-Borel betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen"; Antwort .....	157
63	1.92. Parlamentarische Vorstösse	158
64	1.92.4 Einfache Anfragen	159

### GROSSER GEMEINDERAT

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin

## Verhandlungen

Präsidentin: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, geschätzte Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter und Gäste. Ich begrüsse Sie zur Oktober-Sitzung des Grossen Gemeinderates. An dieser Stelle möchte ich Patric Magnani im Namen des gesamten Grossen Gemeinderates ganz herzlich begrüssen.

Ebenfalls begrüsse ich Bauverwalter Beat Baumann und Finanzverwalter David Portner.

Entschuldigt haben sich vom GGR Stephan Bolliger und Markus Hadorn. Thomas Ackermann kommt etwas später und die anderen, die noch fehlen, haben vermutlich nicht gesehen, dass wir um 19.00 Uhr anfangen. Vom GR ist Edi Westphale entschuldigt. Ich stelle fest, dass 29 Volksvertreterinnen und -vertreter anwesend sind, demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

---

## Mitteilungen der Präsidentin

Präsidentin: Sie haben auf dem Tisch eine Einladung der Feuerwehr für den 18. Oktober. Und für den 13./14. März 2015 finden Sie eine Einladung an das Polit-Forum in Thun.

Am Donnerstagabend, 6. November, findet um 19.00 Uhr hier in diesem Saal die erste öffentliche Zukunftswerkstatt zur Ortsplanungsrevision statt. Im Rahmen von "50 Jahre Parlament Zollikofen" habe ich mich dafür eingesetzt, dass solch ein Anlass durchgeführt wird. Mit einem Inputreferat und Gruppenarbeiten soll die Bevölkerung die Gestaltung der nächsten 50 Jahre anpacken. Ich hoffe, dass viele kommen können und mitmachen.

Bezüglich der GGR-Sitzung vom 26. November: Es ist eine normale Sitzung, circa drei Stunden lang. Wir beginnen um 18.00 Uhr, damit wir um 21.00 Uhr noch etwas zusammen essen und trinken können und das parlamentarische Jahr abschliessen.

Mein Wunsch wäre, dass die heutige, reich befrachtete Sitzung um 23.00 Uhr fertig ist. Nach Artikel 27 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates ist die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Ich möchte beliebt machen, dass sich alle daran halten, oder sogar versuchen, sich auf sechs Minuten zu beschränken. Ungefähr in der Hälfte der Zeit werden wir eine Pause von fünf Minuten machen. Für den heutigen Abend hat die Protokollführerin noch eine Bitte: Wer heute Abend Folien auflegt, soll sie bitte per Mail an Corinne Roll senden, das gilt auch für alle Voten heute Abend: Bitte mailen Sie ihr diese oder geben Sie sie ihr heute Abend ab.

Nach der Sitzung hätte ich gerne das Ratsbüro vorne versammelt und ich sage, auch im Namen des GGR allen, die die heutigen Sitzungsunterlagen auf- und vorbereitet haben, herzlichen Dank.

---

## Mitteilungen der GPK

Präsidentin: Gibt es Mitteilungen der GPK?

GPK: Keine.

---

## Mitteilungen des Gemeinderates

Präsidentin: Gibt es Mitteilungen aus dem Gemeinderat?

Gemeinderat: Keine.

Präsidentin: Das ist nicht der Fall. Wir kommen zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist Ihnen zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.**

---

56 Pro Protokoll

### Protokoll vom 27. August 2014

Präsidentin: Wird das Wort verlangt?

Markus Burren: Seite 117, an der letzten Sitzung ging es darum, ob wir im Saal jemanden reden lassen, der nicht dem Parlament angehört. Wir von der SVP-Fraktion finden, wenn so ein Fall eintritt, müsste das Ratsbüro zuerst prüfen, was die Person genau sagen will. I. Ob es etwas mit dem Geschäft zu tun hat, oder ob sie nur Informationen aushändigt, wie beim letzten Mal. Wir finden es in einem solchen Fall nicht richtig, dass die Person reden konnte. Wenn ein Beitrag kommt, müsste er sachlich sein. Alles andere ist schade für die Zeit. Ich hoffe, dass dies kein Präjudiz darstellt.

Präsidentin: Gibt es weitere Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. **Somit erkläre ich das Protokoll vom 27. August 2014 als genehmigt.**

---

57 26.151.8 Kindergärten Lindenweg

### Neubau Kindergärten Oberdorf; Verpflichtungskredit

Präsidentin: Wird das Eintreten auf dieses Geschäft bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir werden zuerst den Verpflichtungskredit und anschliessend die Botschaft beraten. Das Geschäft unterliegt dem fakultativen Referendum, wir werden die Abstimmung also auszählen. Die GPK hat das Wort.

Markus Bacher, GPK: 3.1 Neubau Kindergärten Oberdorf; Verpflichtungskredit: Die GPK wünscht Auskunft darüber, ob die Projektierungskosten im angekündigten wettbewerbsähnlichen Verfahren mit dem bereits beschlossenen Projektierungskredit des Gemeinderates schon bewilligt sind. Und ob sie im nun beantragten Kredit für den Neubau enthalten sind oder der Gemeinderat dafür noch einen separaten Projektierungskredit beschliessen musste bzw. noch muss.

Der Beschluss-Antrag an den Gemeinderat (wie auch in der Botschaft) ist aus Sicht der GPK zu wenig präzise. Sie schlägt vor, die Variante (optimal) und den Standort (Häberlimatte) ausdrücklich im Beschluss zu erwähnen. Denn wenn man den Antrag so liest, dann weiss man, dass fünf Kindergärten gebaut werden und man weiss, wieviel es kostet. Aber wenn man nicht das ganze Dokument präsent hat, weiss man nicht wo und zu welcher Variante und deshalb hätten wir dies gerne präzisiert.

Joseph Crettenand:Gemeinderat: Die beiden Doppelkindergärten am Lindenweg sind sanierungsbedürftig. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, diese durch einen Neubau auf der Hä-

berlimatte zu ersetzen. Am 17. September 2014 wurden die Vorarbeiten und das Projekt anlässlich einer Besichtigung und Informationsveranstaltung den GGR-Mitgliedern vorgestellt.

Gegenstand des heute vorliegenden Geschäftes ist der Verpflichtungskredit zu Händen der Volksabstimmung. Die Frage einer allfälligen Nachnutzung der Parzelle am Lindenweg soll losgelöst davon geklärt werden. Bereits vorgängig wurde die Projektorganisation durch den Gemeinderat festgelegt. Er hat für die weitere Projektbegleitung eine nichtständige Kommission mit Mitgliedern des Gemeinderates, der Bildungskommission und der Kommission Bau und Umwelt eingesetzt. Die Baukommission "Kindergarten Oberdorf" ist nach dem Parteienproporz zusammengesetzt.

Das Bauprojekt wurde unter Berücksichtigung der anerkannten Richtlinien für den Kindergartenbau und unter Einbezug der Betroffenen entwickelt. Die Grobkostenschätzung wurde durch ein Architekturbüro erstellt. Auf Grund der offenen Ausgangslage und der damit verbundenen Variantenvielfalt wurde bewusst auf eine Grobkostenschätzung mit einer Genauigkeit von  $\pm 25\%$  abgestellt. Ein konkretes Projekt liegt nicht vor. Die Kosten für die Sanierungen basieren auf dem konkreten Bedarf und sind pro Arbeitsgattung nachgewiesen. Hingegen wurde für die Neubauten mit Erfahrungswerten gerechnet. Eine höhere Kostengenauigkeit hätte zu erheblich höheren Projektierungskosten geführt und das Projekt auch zeitlich verzögert.

Die Baukosten für das Gebäude basieren auf einem Preis von Fr. 580.00 pro Kubikmeter umbauter Raum nach SIA 116. Dies entspricht einem nicht zu hohen, aber soliden Baustandard. Diese Budgetvorgabe zwingt die Beteiligten zu einer Planung, die sich von Anfang an den strikten Kostenvorgaben unterzuordnen hat. Nach dem Volksentscheid soll in einem wettbewerbsähnlichen Verfahren das am besten dazu geeignete Projekt ermittelt werden. Dies selbstverständlich unter Berücksichtigung der zwingenden Vorgaben aus dem Raumprogramm und den pädagogischen Anforderungen.

Der Kindergartenneubau soll im Minergie-Standard erstellt werden. Dies führt einerseits zu einer energietechnisch vorbildlichen Bauweise und bringt andererseits ein behagliches Raumklima. Die Option Minergie-P erachtet der Gemeinderat aus Kosten/Nutzen-Sicht als nicht sinnvoll. Sowohl die finanzielle wie auch die ökologische Besserstellung stehen in einem schlechten Verhältnis zum Aufwand. Der unmittelbare Nutzen von Minergie-P in Form der Heizenergiekosten und des CO<sub>2</sub>-Ausstosses wird in einer groben Berechnung ausgewiesen. Diese Berechnung hat nicht den Anspruch einer umfassenden und exakten Abbildung. Sie gibt aber einen wichtigen Hinweis für das Kosten-Nutzen Verhältnis.

Der Neubau von fünf Kindergartenklassen auf der Häberlimatte findet auch eine breite Unterstützung bei den vorberatenden Kommissionen. Die Vorteile, wie sie im Bericht und Antrag aufgeführt sind, sind stichhaltig. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass damit eine zeitgemässe Infrastruktur am idealen Standort erstellt werden kann. Er empfiehlt dem Grossen Gemeinderat daher, den Bürgerinnen und Bürgern von Zollikofen den Neubau auf der Häberlimatte für Fr. 4'050'000.00 zu unterbreiten.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Ich komme nun zur Beantwortung der Fragen der GPK:

Die Projektierungskosten für das wettbewerbsähnliche Verfahren sind im beantragten Verpflichtungskredit von Fr. 4'050'000.00 enthalten.

Der Beschluss von heute Abend muss mit dem Antrag an die Stimmberechtigten identisch sein. Da in der Botschaft die einzelnen Varianten nicht erläutert werden, kann die Variantenwahl auch nicht im Beschluss enthalten sein. Der Standort Häberlimatte kann hingegen problemlos aufgenommen werden. Der Gemeinderat schlägt Ihnen folgenden Antrag vor: Für

den Neubau von fünf Kindergärten auf der Häberlimatte wird ein Verpflichtungskredit von Fr. 4'050'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Kto.-Nr. 217.503.64) bewilligt.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Markus Bacher, FDP: Was wir hier behandeln, ist ein Geschäft, das Generationen nach uns beschäftigen wird, oder schon Generationen beschäftigt hat. Es muss also mit Bedacht und so beschlossen werden, dass das Stimmvolk eine klare Aussage vermittelt bekommt, was der Grosse Gemeinderat beschlossen hat und auf den Weg geben möchte. Wir können es uns weder zeitlich noch finanziell leisten, das Geschäft durch unsachgemässes Behandeln und durch Verwirrlichkeiten weiterhin hinauszuzögern. Wir werden viel Geld ausgeben. Die FDP wünscht sich, dass nicht "+/- 25 Prozent" stehen würde, sondern nur "- 25 Prozent". Wir möchten nicht eine Million zusätzlich ausgeben. Die grosse Überraschung wäre natürlich, wenn wir "- 25 Prozent" schaffen würden. Wir sind gespannt, was die Zukunft bringt. Wir danken dem Gemeinderat für die Antwort auf die Frage, die wir noch stellen werden, nämlich wie hoch der Kubikmeter-Preis ist.

Das Gute an diesem Geschäft ist die breite Abstützung. Die vorberatenden Kommissionen, die Betroffenen und Beteiligten haben ihre Bedürfnisse eingebracht und untereinander abgestimmt. Es ist unbestritten, dass man fünf Kindergärten auf der Häberlimatte bauen will. Denn auch aus unserer Sicht ist der Synergie-Effekt so am Grössten. So wird die FDP dem Geschäft grossmehrheitlich zustimmen. Wir möchten aber dem Gemeinderat das Nebengeschäft, das erwähnt wird, auf den Weg geben. Es hat einen Seiteneffekt: Was machen wir mit der alten Liegenschaft? Hier hat die FDP eine klare Erwartung, dass diese mit möglichst hohem wirtschaftlichem Nutzen zugunsten der Gemeinde verwendet, so dass die Fr. 4 Mio. für die Kindergärten durch betriebswirtschaftlich gute Nutzung abgedeckt werden. Ich habe nach zwei Minuten 20 Sekunden geschlossen und übergebe die restlichen sieben Minuten 40 Sekunden meinen Nachrednern.

19.20 Uhr: Philip Steiner betritt den Saal.

Anne-Lise Greber, GFL: Die GFL Fraktion begrüsst den gut vorbereiteten und klaren Bericht und Antrag, den wir vor Augen haben. Wir haben auch den vom Gemeinderat durchgeführten Informationsanlass im September mit Besichtigung eines Kindergartens geschätzt, und auch den Einbezug der betroffenen Kommissionen in den verschiedenen Schritten des Prozesses. Dafür danken wir der Bau- und Bildungsverwaltung sowie den zuständigen Gemeinderäten herzlich.

Bei uns hat das Projekt in zwei Punkten eine Diskussion ausgelöst. Da ist erstens die Problematik der Konzentration einer grossen Anzahl Kleinkinder in einem einzigen Ort, darauf komme ich noch zurück, und zweitens die Ablehnung des Minergie-P Standards. Diesen zweiten Punkt erklären wir im detaillierten Teil mit einem entsprechenden Antrag weiter. Hier möchte ich nur kurz daran erinnern, dass der Gemeinderat in der Lagebeurteilung vom März 2013, die Beurteilung steht heute noch im Politikplan, geschrieben hat: „Als Vorzeigeort energetisch, nachhaltig und zukunftsweisend Bauprojekte umsetzen“. Dies unter der Rubrik „Chancen von morgen.“ Morgen beginnt heute!

Ich komme auf die Konzentration der Kleinkinder am gleichen Ort zurück. Stellen Sie sich vor: gut 100 Kinder, davon die Hälfte erst vierjährig, sind in einem grossen Gebäude versammelt. Wenn die Sonne scheint, spielen alle draussen, möglicherweise alle gleichzeitig. Wo ist was, wo bin ich sicher, wie komme ich in mein Klassenzimmer zurück; Panik und Verwirrung sind zu befürchten. Kinder in diesem Alter sehen die Welt der Erwachsenen wie durch eine Lupe, extrem gross. Manche kennen das Leben in einer Gruppe gar nicht. Deshalb erinnere ich hier an einige sehr wichtige Punkte, die unbedingt in der Ausschreibung des Projekts und in der Umsetzungsphase beachtet werden müssen.

Die Klassen müssen unbedingt einen eigenen, separaten Eingang haben sowie einen direkten Zugang zum Aussenbereich, auch wenn das Gebäude zweistöckig ist.

Der Aussenraum muss auch klar aufgeteilt werden, so dass jede Klasse ihren eigenen Garten hat und die Kinder sich in einem geschützten Raum fühlen, aber nicht mit Barrieren, sondern mit geeigneter Bepflanzung und ähnlichen Massnahmen. Der Aussenraum muss mit Bedürfnissen der Kinder vereinbar gestaltet werden, nämlich entdecken, experimentieren, und spielen. Bei all diesen Punkten ist es extrem wichtig, die Sichtweise der Kindergärtnerinnen in der Umsetzungsphase einzuholen und einzubeziehen, weil sie die Kinder am besten kennen und die Auswirkungen der Konzentration von Kleinkindern in einem Gebäude einschätzen können. Unter diesen Bedingungen können wir dem Projekt zustimmen.

19.22 Uhr: Annemarie Zingg-Kambli betritt den Saal.

19.24 Uhr: Rudolf Gerber betritt den Saal.

Hans-Jörg Rothenbühler, BDP: Dass man bei den Kindergärten etwas machen muss, ist für uns unbestritten. Wir hätten aber gewünscht, dass im Text der Botschaft ein Betrag ausgewiesen worden wäre, wieviel ein Verkauf des Landes am Lindenweg bringen würde.

Ebenfalls, dies hat Joseph Crettenand bereits gut erklärt, hinterfragen wir die "+/- 25 Prozent" der Offerte. Privat würde wohl niemand eine solche Offerte akzeptieren. Tendenziell ist es auch bei Vorhaben von Gemeinden so, dass es eher ins Plus denn ins Minus geht. Im schlimmsten Fall könnte das Ganze gegen Fr. 5 Mio. kosten. Wir sind jetzt mit der BDP seit knapp zwei Jahren im Grossen Gemeinderat dabei. Fast an jeder Sitzung wird gesagt, dass gespart werden sollte. Und dabei wird meist das teuerste Geschäft durchgewunken. Nach dem Prinzip "sparen ja, aber nicht bei diesem Geschäft". Es wäre nichts als richtig, wenn die Stimmenden eine Variante zu diesem Geschäft hätten. Wir beantragen deshalb eine Variantenabstimmung mit der Variante B1 minimal fünf Klassen für Fr. 2'923'000.00. Vorbehältlich ist der Antrag der GFL mit Minergie. Wenn dieser durchkommt, beantragen wir dieselbe Variante mit Minergie P für Fr. 3'087'000.00. Sollte der Antrag von einer Ratsmehrheit abgelehnt werden, werden wir die Variante Minergie der GFL bejahen, dem Stimmvolk den Gesamtkredit aber als "Nein" vorschlagen.

Peter Bähler, SVP: Wir stimmen der Vorlage des Gemeinderates zu. Für uns ist sie sehr ausgewogen und überlegt. Auch die Möglichkeiten wurden gut abgewogen. Die Vorlage baut in Bezug auf den Raum auf einer Schätzung auf; wir finden dies eine gute Vorgabe, dass man später, wenn man das Raumprogramm kennt, entsprechend rechnen kann. Es macht keinen Sinn, grosse Projektierungskosten anfallen zu lassen, die uns zwar einen genaueren Kredit zeigen würden, aber wenn die Stimmenden Nein sagen, nützt uns das nichts. So geschehen beim Tram Region Bern. Mit dem Nein der Stimmbürger wurden rund Fr. 22 Mio. versenkt. Oder anders gesagt, man könnte damit 5 x 5 Kindergärten bauen. Wir bewilligen heute Abend nicht "+/-" sondern Fr. 4'050'000.00, so wie es im Antrag steht. Das ist auch das Dach. Bei jeder Erhöhung gelten dann die normalen Kreditkompetenzen.

Ein Neubau hat viele Vorteile, Sie können dies alles in der Vorlage des Gemeinderates nachlesen, es ist dann eben ein Neubau. Nicht wie bei der Gemeindeverwaltung, bei der jetzt die Treppe renoviert werden muss. Die Variante mit der Nutzung des heutigen Areals hätte diesen Nachteil. Deshalb stimmen wir zu. Wir finden es schade, dass der Gemeinderat keine Skizze entworfen hat, was mit dem Areal Lindenweg passieren soll. Wir geben ihm gerne einen Tipp: Für uns kommt nur eine Veräusserung infrage. Es macht keinen Sinn, dass wir neu bauen und gleichzeitig alte Bausubstanz erhalten, umso mehr weil die Fläche als öffentliche Nutzung umgezont werden müsste. Es gehört nicht mehr zum Schulareal, wenn man das kompakt haben möchte. Es war immer im Interesse der Bevölkerung die Schulbauten zusammenzuhalten, deshalb stimmen wir der Vorlage zu.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort haben nun die Ratsmitglieder.

Peter Kofel, GFL: Wie es bereits von Anne-Lise Greber gesagt wurde, beantragen wir ein Kostendach von Fr. 4,4 Mio. und die Verwirklichung des Minergie P-Standards bei diesem Neubau. Warum ein Kostendach?

Der Antrag des Gemeinderats beruht nicht auf einem ausgearbeiteten Projekt, sondern bloss auf einer Machbarkeitsstudie und einer Grobkostenschätzung mit einer Ungenauigkeit von plus/minus 25 Prozent. Statt der beantragten Kosten von Fr. 4,05 Mio. könnte der Neubau nämlich auch bis zu gut einer Million Franken teurer zu stehen kommen.

Diese Unsicherheit bei den Kosten könnte zu einem kritischen Angriffspunkt in der Volksabstimmung werden. Sie könnte dem Gemeinderat und dem Grossen Gemeinderat den Vorwurf einbringen, die Kredithöhe möglichst tief, bei Fr. 4 Mio. zu halten, um eine Ja-Mehrheit zu erzielen – falls es dann zu Mehrkosten käme, lägen die allenfalls nötigen Nachkredite je nach Höhe abschliessend in der Kompetenz des Gemeinderates oder des GGR.

Aus Respekt vor dem Stimmvolk ist es deshalb demokratiepolitisch angebracht und aus Transparenzgründen geboten, gut mögliche Mehrkosten wegen der unsicheren Grobkostenschätzung in den Kreditantrag einzurechnen. In andern Gemeinden, insbesondere in der Stadt Bern, wird deshalb bei Bauprojekten mit Grobkostenschätzungen mit einer Ungenauigkeit von +/- 25 Prozent ein „Kostendachzuschlag“ von 25 Prozent zu den Gebäudekosten hinzugezählt und so zur Abstimmung gebracht.

Wir beantragen deshalb ein Kostendach von Fr. 4,4 Mio. Gleichzeitig soll dieses Kostendach auch Minergie-P beinhalten.

Der Antrag des Gemeinderates für den Verpflichtungskredit Neubau Kindergärten Oberdorf sieht bloss das Erreichen des Minergie-Standards vor und will die Option Minergie-P nicht weiter verfolgen, da "der Nutzen in einem schlechten Verhältnis zum Aufwand" stehe. Wir setzen sowohl hinter die Berechnung des Nutzens als auch hinter die Berechnung des Aufwands Fragezeichen und beantragen, Minergie-P als Vorgabe in das Projekt mit aufzunehmen.

Der beurteilte Nutzen von Minergie-P beschränkt sich nicht nur auf tiefere Energiekosten und geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen:

- Die Minergie-P-Bauweise bringt auch eine höhere Bau- und Wohnqualität – im Falle von Kindergärten also einen Qualitätsgewinn für die Lehrpersonen und Kinder, die im Gebäude spielen, lernen und arbeiten werden. Und nur schon das sollte uns einen gewissen Mehrpreis wert sein.
- Die Minergie-P-Bauweise führt auch zu wesentlich tieferen Unterhaltskosten. Bestimmte Fassadenbauweisen kommen für Minergie-P nicht mehr in Frage, auch muss häufig von Mauerwerk auf den teureren Holzelementbau gewechselt werden. Für Minergie-P würde man eher eine teurere Lösung mit einer hinterlüfteten Fassade wählen, da nur so die dicken Dämmschichten gut befestigt werden können – die dann aber fast nicht kaputtzukriegen ist.
- Zur Beurteilung des Nutzens sollten wir auch nicht von der zwar für die Buchhaltung relevanten Amortisationsdauer von 25 Jahren ausgehen, sondern von der angestrebten Nutzungsdauer, das heisst, der effektiven Lebensdauer von solchen Gebäuden, und die sollte und dürfte bei circa 50 Jahren liegen, wie die Zahlen der Kindergärten am Lindenberg belegen. In der Argumentation des Gemeinderates kommen diese nicht-energiebezogenen, aber wesentlichen und auch finanziell ins Gewicht fallenden Vorteile der Minergie-P-Bauweise nicht vor. D.h. der Nutzen von Minergie-P Bauweise ist wesentlich höher als die 560 Franken Energiekosten-Einsparung pro Jahr.

Die im Antrag des Gemeinderates dargelegte Berechnung der Kosten von Minergie-P erscheint uns aus folgenden Gründen überhöht:

- Die Vorlage stützt sich auf die pauschale Annahme, dass das Erreichen von Minergie-P zu Gebäude-Mehrkosten von 10 Prozent führt. Gemäss einer grundlegenden Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz, die den Gemeindebehörden bekannt ist, schwanken die Mehrkosten von Minergie-P-Bauten allerdings, und zwar bei den untersuchten Gebäuden zwischen 5 und 14 Prozent. Im günstigsten Fall wäre für den Kindergarten-Neubau im Minergie-P-Standard also nur mit Mehrkosten von 170'000 Franken zu rechnen (statt der angegebenen 340'000 Franken). Nach Abzug des flächenbezogenen Kantonsbeitrags von 100'000 Franken müsste die Gemeinde unter dem Strich gar nur noch netto 70'000 Franken für einen energetisch vorbildlichen Minergie-P-Neubau bezahlen. Bei einer Abschreibungsdauer von 25 Jahren wären das dann noch 3'500 Franken pro Jahr.
- Dazu kommt, dass ein Teil der Mehrkosten, die in der erwähnten Studie dem Minergie-P-Standard angelastet werden, eigentlich schon für den gewöhnlichen Minergie-Standard anfallen (insbesondere die Kosten für die erforderliche Lüftung und das Heizungssystem). Im Fall des Kindergarten-Neubaus sind diese Minergie-Kosten bereits in der Grobkostenschätzung enthalten, für Minergie-P kämen eigentlich nur noch die Kosten für die bessere Gebäudehülle hinzu. Die Mehrkosten für die Steigerung von Minergie zu Minergie-P dürften also auch aus diesem Grund mit 10 Prozent eindeutig zu hoch veranschlagt sein.
- Die Erfahrungen mit Minergie-Bauten zeigen gemäss der erwähnten Studie aber vor allem, dass die Mehrkosten umso geringer ausfallen, je früher und gründlicher die Energiefragen in die Projektierung einbezogen werden. Und je kompetenter die Planung erfolgt. In der Machbarkeitsstudie, die bei den Vorakten zur Einsichtnahme auflag, sind keinerlei Angaben zur Energie enthalten. Ebenso gibt es in den Vorakten keinerlei Hinweise, dass für die Grobkostenschätzungen irgendwelche Vorgaben punkto Energie gemacht worden sind.

Folgerungen:

- Mit geeigneten Vorgaben für den Planungswettbewerb und hoher Planungskompetenz lassen sich die behaupteten Mehrkosten von Minergie-P verkleinern.
- Die verbleibenden Mehrkosten fallen weniger ins Gewicht, wenn die Vorteile der Minergie-P-Bauweise für die Wohn- und Bauqualität und für die Lebensdauer des Gebäudes mit in Rechnung gestellt werden.
- Dies ergibt ein ausgeglicheneres Kosten- Nutzen-Verhältnis, das sich zudem mit steigenden Energiepreisen noch vorteilhafter entwickeln wird. Minergie-P ist gleichsam eine Versicherung gegen steigende Energiepreise.

Jenseits all dieser Überlegungen steht zudem die gesetzlich geforderte Vorbildfunktion, die auch die Gemeinde Zollikofen bei einem Kindergarten-Neubau wahrzunehmen hat: Nur mit Minergie-P wird die Gemeinde Zollikofen ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht, Gebäude so zu bauen, dass sie als Vorbilder für die Verwirklichung der Ziele des Energiegesetzes dienen. Die beiden wichtigsten Ziele lauten: Bis 2035 soll der Wärmebedarf zu 70 Prozent aus erneuerbarer Energie gedeckt und um 20 Prozent reduziert werden. Das erste Ziel wird mit dem Projekt dank dem Anschluss an die Fernwärmeversorgung erreicht; das zweite kann mit dem Minergie-Standard nicht erreicht werden, da Minergie den Wärmebedarf gegenüber den gesetzlichen Mindestanforderungen nur um 10 Prozent reduziert. Minergie-P brächte aber eine Einsparung von 40 Prozent.

Mit einem Neubau in blosser Minergie-Qualität kann die Gemeinde Zollikofen auch keine Vorbildwirkung beanspruchen, weil sie den wahren Vorbildern in der Gemeinde damit hinterherhinkt: Der Bund (BIT-Neubau), der Kanton (HAFL-Neubau) und Private (Mehrfamilienhaus an der Blumenstrasse) haben vorbildliche Minergie-P-Bauten realisiert.

Und mehr noch: Für die Überbauung der Lättere haben wir im GGR den privaten Investoren ausdrücklich Minergie-P-Eco oder gleichwertigen Standard vorgeschrieben. Beim letzten gemeindeeigenen Neubau, der im GGR zur Diskussion stand, hat der Gemeinderat selber Minergie-P vorgeschlagen und dafür Mehrkosten gegenüber Minergie von Fr. 460'000 oder 7,86 Prozent des beantragten 6,31-Millionen-Kredits in Kauf genommen.

Ein Kindergarten-Neubau nur mit Minergie-Standard wäre kein Vorbild, sondern ein Rückschritt im Vergleich zur bisherigen Energiepolitik der Gemeinde Zollikofen.

Wir beantragen deshalb, dass das vorgesehene wettbewerbsähnliche Verfahren zur Projektierung das Erreichen von Minergie-P als Vorgabe mit einschliesst. Wenn der Neubau entsprechend geplant wird, können die Mehrkosten für Minergie-P auf ein absolutes Minimum reduziert werden. Es braucht einen klaren Richtungsentscheid des GGR für Minergie-P, damit nun im geplanten Projektierungswettbewerb der Energiefrage von Anfang an das nötige Gewicht gegeben wird. In der Lagebeurteilung 2013 steht unter "Chancen von morgen, die wir packen wollen": "Als Energiestadt zusätzlich punkten". Packen wir's an!

19.33 Uhr Ralph George betritt den Saal.

Toni Oesch, FdU: Ich habe mich in erster Linie gefragt, was die direkt betroffenen Kindergärtnerinnen zu den einzelnen Varianten sagen. Da kommt man drauf, dass sie die Variante B3 „kombi“ bevorzugen, das heisst, zwei Klassen am Lindenweg und drei Klassen auf der Häberlimatte. Sie begründen das damit, dass ein Ballungsraum auf der Häberlimatte vermieden werden sollte und für die jüngeren Kinder ein kleinerer Rahmen von Vorteil wäre. Das scheint mir das wichtigste Argument für diese Variante zu sein.

Die Investitionskosten betragen bei dieser Variante Fr. 3'270'000.00 gegenüber der vom Gemeinderat bevorzugten Variante C2 von Fr. 4'050'000.00. Wie der Gemeinderat bevorzugt auch die Bildungskommission und die Spezialkommission "Neubau Kindergarten Oberdorf" die Variante C2. Für mich ist die bessere Schulwegsicherheit ein wichtiges Argument dieser Variante, ungeachtet der höheren Kosten. Man muss annehmen, dass dann Kinder von westlich der Wahlackerstrasse dem Kindergarten „Im Kläyhof“ zugeteilt werden. Ich möchte deshalb Auskunft, welchem Kindergarten die Kinder der vorderen Landgarben und der Schäferei zugeteilt werden.

Gegenüber früher hat sich zwar die Verkehrssituation durch bauliche Massnahmen und etwas reduzierter Geschwindigkeit der Fahrzeuge verbessert. Etwas zur Geschichte: Als der Bau des zweiten Kindergartens am Lindenweg im GGR zur Diskussion stand, hat sich Joseph Marti, CVP, von den Ziegeleien Zollikofen sehr ausführlich für die Bauweise mit Backsteinen geäussert und die Nachteile von Beton aufgezählt. Mich hat er dabei überzeugen können. Ich habe sowieso einen guten Draht zu ihm gehabt. Gebaut worden ist dann in Beton. Anscheinend hat er nachträglich Recht bekommen. Ob daraus Lehren gezogen werden, bleibt offen.

Ein Wort zur Nachnutzung der Gebäude und Parzelle am Lindenweg: Wenn die Gebäude nachher nicht genutzt werden können, sollte das frei werdende Bauland nicht verkauft werden, denn Land gewinnt an Wert, weil es nicht vermehrbar ist.

Wir sollten es wie die Bernburger handhaben: Land nur im Baurecht abgeben. So hat man zum Beispiel am Magdalenaweg Land verscherbelt, statt nur im Baurecht abzugeben. Man muss wissen, dass Frau Schweizer immer gesagt hat, sie wolle das Land nur für den sozialen Wohnungsbau und für ein zweistöckiges Betagtenheim verkaufen. René Wytenbach hat die Kaufverhandlungen geführt und im Vertrag nichts davon geschrieben. Das Land hat man dann günstig kaufen können. Dann sind Freunde und Parteikollegen vor der Türe gestanden und die Mehrheit des Gemeinderates hat diese weit aufgetan. Das Land hat man dann im Baurecht abgegeben, mit der Option zum Kauf, und zwar zum gleich niedrigen Preis. Alle Parzellen gingen dann weg. Solches darf nicht mehr passieren.

Zu den Kosten: Wir werden wahrscheinlich über den Antrag GFL diskutieren. Mich haben die 25 Prozent Zuschlag auch erstaunt. Das hatten wir vermutlich noch gar nie in diesem Ausmass. Deshalb muss das diskutiert werden, erst danach kann über die Parole gesprochen werden.

Philip Steiner, SP: Wir unterstützen die Variante C mit dem Neubau von fünf Kindergärten, finden den Standort Häberlimatte gelungen und freuen uns, dass mit dieser Variante eine gute Lage erschlossen werden kann. Wir freuen uns auch, dass ein Gesamtkonzept umgesetzt werden kann, das in das Gesamtkonzept der Schulraumplanung passt, das auch flexibel ist in Bezug auf neue Schuleingangsformen. Ein Konzept, das der Bevölkerungs- beziehungsweise Kinderentwicklung Rechnung trägt und in Bezug auf Infrastruktur den heutigen und den morgigen Anforderungen gerecht wird.

Bei der Frage Minergie oder Minergie-P, gab es innerhalb der Fraktion Diskussionen, wir begrüssen natürlich den Minergie P Standard. Es gibt unseres Erachtens drei Bereiche, die angeschaut werden müssen. Der erste ist die Vorbildfunktion, oder das Ziel unserer Gemeinde, eine Vorbildfunktion einzunehmen bei der Energie-Entwicklung. Das Zweite sind die Kosten dieser Variante. Und das Dritte, was bislang noch nicht erwähnt wurde, ist die Alltagstauglichkeit von Gebäuden, die in Minergie- oder Minergie P-Standard errichtet werden. In der Fraktion waren wir uns nicht einig, wie gut geeignet die beiden Standards für die Gebäudetypen Schule oder Kindergärten sind, wir hatten Beispiele erwähnt aus unserem Alltag. Minergiegebäude, die in den letzten fünf Jahren entstanden sind. Diese sind nicht sehr praxistauglich, wenn man von etwas anderem spricht als vom Wohnraum.

Zur Frage des Kostendaches würden wir gerne noch die Stellungnahme des Gemeinderates abwarten. Andere, grössere Projekte, ich erinnere an den Berliner Flughafen, oder hier den Bärengraben, die kostenmässig sehr schwierig zu budgetieren waren. Ich würde mich glücklich schätzen, innerhalb dieser +/- 25 Prozent zu bleiben. Es wäre ein Erfolg, wenn wir gleichzeitig keine Verzögerung hätten am Eröffnungstag. Ein gutes Projekt und gute Architekten sind die nächsten Meilensteine und ein Faktor zur erfolgreichen Umsetzung. Die Nachnutzung würden wir gerne zu einem späteren Zeitpunkt, getrennt von dieser Vorlage, anschauen. Ich könnte mir ein Museum vorstellen. Mein Bruder hat vor geraumer Zeit dort einen Tritt in den Hintern erhalten. Von einer dazumal rothaarigen Kindergärtnerin. Dieses Ereignis hatte in unserer Familie einen grossen Stellenwert (*Anmerkung der Protokollführerin: allgemeine Erheiterung*).

Hans Peter Baumann, SVP: Wenn Sie das Projekt beerdigen wollen, müssen Sie zwei Sachen tun. Erstens: erzählen, es seien Fr. 4'050.000.00 plus 25 Prozent. Zweitens: das Fuder überladen mit eingebrachten Anträgen. Die Begründung, zum Ersten: Wir bewilligen hier einen Kredit von Fr. 4'050'000.00 und nicht plus 25 Prozent. Zweitens: Wir werden die Kindergärten zu dem Zeitpunkt zur Abstimmung bringen, wenn wir ein hochrotes Budget vorzulegen haben. Wenn wir dort das Fuder überladen, haben wir einen Scherbenhaufen. Diesen verantworten dann nicht die, die Nein gestimmt haben, sondern die, welche das Fuder überladen haben.

Roland-Stucki, EVP: Es gibt stichhaltige Gründe, beide Varianten, nämlich B2 und B3 dem Volk vorzulegen. Toni Oesch hat es ausgeführt, ich muss es nicht gross wiederholen, ausser vielleicht: Wenn die Lehrkräfte der Kindergärten schon erkennen, dass es wichtig ist, dass jetzt, wo schon Jüngere als Fünfjährige in den Kindergarten gehen und nicht so eine nahe Anbindung an die Schulhäuser haben werden, sollte man das ernst nehmen. Die Vierjährigen könnten vielleicht in einer ersten Phase am alten Standort unterrichtet werden und die Älteren könnten dann in die drei neuen Kindergärten gehen. Das Zweite sind die Ballungen, welche nicht zu unterschätzen sind, wenn fünf Kindergärten voll besetzt sind. Das sind viele Kinder und noch mehr Eltern, die vor Ort aufmarschieren. Der wichtigste Punkt sind die Fr. 800'000.00 Mehrkosten. Das ist viel Geld. Zu einer solchen Summe muss der Souverän

etwas sagen können. Es ist nichts als fair, ihm die Variante B2, optimal und B3, suboptimal zu unterbreiten. Dann werden sie vielleicht die zweite Variante nehmen.

Wir stellen den Antrag, über B2/B3 dem Stimmvolk eine Variantenwahl zu unterbreiten.

Hans Jörg Rothenbühler, BDP: Wir sind einverstanden mit der Variante Roland Stucki, B3. Wir ändern unseren Antrag auf B3.

Thomas Ackermann, CVP: Für uns ist klar, dass es Handlungsbedarf gibt, nichts zu tun ist für uns keine Option. Wir möchten kein Geld für ein Flickwerk ausgeben. Wir finden es gut, wenn alle Kindergärten an einem Standort sind. Den Vorschlag finden wir gut begründet und finden auch den Ort gut. Wir unterstützen den Antrag des Gemeinderates.

Präsidentin: Gibt es noch weitere Voten?

Peter Bähler, SVP: Ich möchte mich zu Minergie und Minergie-P äussern. Ich nehme an, dass der Bauverwalter sich auch noch äussern wird und sagen wird, was Sache ist. Vorge schlagen ist ein erweiterter Minergiestandard, weil das kantonbernische Energiegesetz und die Verordnung schon einen höheren Standard vorgibt, als der SIA-Standard. In den Ausführungen sind bereits einige Dinge enthalten: punkto Beleuchtung, Heizung, dort geht man schon weiter als mit dem Minergiestandard. Es gibt zwei grosse Unterschiede, die Gebäudehülle, die neu mit einer Kennzahl von 40 Kilowattstunden pro m<sup>2</sup> ausgewiesen sein muss und die Zwangslüftung. Oder umgerechnet als Energiewertrager: bei Minergie sind es in der Regel, 3,8 Liter pro m<sup>2</sup> und bei Minergie P eco sind es 3,0 Liter. Hier gibt es bereits eine Teilung, dass es mit dem Fernwärmeanschluss aufteilt mit 80 und 20. Darum konnte man genau ausrechnen, wie hoch die Einsparungen sind. Das Zweite ist die sogenannte Zwangslüftung, sie ist bei Minergie P zwingend vorgegeben. Die Gebäudehülle kann nur mit entsprechenden baulichen Massnahmen verstärkt werden. Der ausgewiesene Kostenteil ist realistisch, ob er dann 14 oder nur fünf Prozent ist, es passt ungefähr. Es wurde ein zehnzehntiger Mittelwert eingesetzt, was korrekt ist.

Die SVP findet die Vorlage ausgewogen, am richtigen Standort, pädagogisch ausgereift und wirtschaftlich in Ordnung. Wir lehnen deshalb den Antrag auf Minergie P-Standard ab.

Martin Köchli, BDP: Wenn sich der Bauverwalter äussern wird, hätte ich gerne eine Präzisierung aufgrund der Ausführungen des Gemeinderates. Er hatte erwähnt, dass der Wettbewerb nach der Abstimmung stattfinden wird. Er könnte dann den Zeitplan präzisieren. Auf Seite 14, zur Zeit ist die Ausschreibung Wettbewerb geplant "Oktober/November 2014", die Abstimmung ist aber am 30. November geplant.

Bruno Vanoni, GFL: Was Peter Bähler zu Beginn seines Votums zu Minergie gesagt hat, dass man mehr erreicht mit dem Projekt als nur Minergie, bestätigt das auch teilweise, dass die Mehrkosten für Minergie-P nicht so gross sein können, wie sie in der Vorlage behauptet werden. Ich möchte aber nicht länger darüber fachsimpeln, vielleicht zur Enttäuschung von Joseph Crettenand, der dies vielleicht erwartet.

Ich möchte auf das von Hans Peter Baumann Gesagte eingehen. Er sagte, man müsse "zwei Sachen machen um das Projekt zu bodigen". Wir tun beides. Man soll das Fuder nicht überladen, und dann das überladene Fuder nicht dem Volk vorlegen, wenn man gleichzeitig ein tiefrotes Budget aufzuweisen hat. Sind wir gezwungen, das zu tun? Nein, überhaupt nicht. Wir könnten uns auch noch etwas mehr Zeit einberaumen für die Kindergartenvorlage. Dies ist die eine Bemerkung. Die andere ist: Wir stimmen über Fr. 4,05 Mio. ab, wenn das der Wille des Rates ist, dann ist das richtig. Wir müssen aber befürchten, dass wir auf dem Nachkreditweg eine viel höhere Summe nachträglich bewilligen müssen. Diese Befürchtung stützt sich bei mir auf die gesichteten Vorakten, dies ist ein Recht jedes GGR-Mitgliedes.

Was ich in der Machbarkeitsstudie gesehen habe lässt mich mit denen, die möchten, eine Wette abschliessen, dass es viel teurer kommt als die Fr. 4,05 Mio.

Ich würde gerne wissen, wie der Quadratmeterpreis ist, der den Berechnungen zugrunde liegt. Denn die Referenzobjekte operieren mit Quadratmeterpreisen. Mein Verdacht ist, dass in der Machbarkeitsstudie viel tiefere Preise drin sind als in den Projekten, die als vorbildlich beurteilt werden und denen man nacheifern will.

Die zweite Frage: In Bericht und Antrag des Gemeinderates ist davon die Rede, dass man einen Kredit von Fr. 30'000.00 für die Machbarkeitsstudie gesprochen hat.. Zu welchem Preis wurde diese in Auftrag gegeben und wie wurde sie gemacht? Je nach dem kann man aus dem Preis auch ablesen, wie gründlich die Studie gemacht werden konnte.

Ich denke laut: Joseph Crettenand sagte, dass man nicht tiefer projektieren will, weil das teurer gekommen wäre, da so viele Varianten im Raum gestanden sind. Heute Abend aber höre ich eine grosse Einigkeit. Alle sind einverstanden, dass sie auf die Häberlimatte sollen und alle sind damit einverstanden, dass es fünf Kindergärten braucht. Wir könnten uns ja jetzt noch ein wenig Zeit nehmen, machen das wettbewerbsähnliche Verfahren auf der Basis eines Projektierungskredites und haben dann ein konkretes Projekt mit einer Kostengenauigkeit von +/- 10 Prozent. Der Zeitrahmen ist sowieso eng, auf Anfang dieses Schuljahres schaffen wir es wohl nicht, also könnten wir die Projektierung machen und mit klaren Kostenschätzungen den Entscheid einholen. Das ist kein Antrag, nur eine Überlegung.

Präsidentin: Gibt es weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Bauverwalter Beat Baumann wünscht das Wort.

Beat Baumann, Bauverwalter: Ich möchte auf einige Punkte eingehen. Ich fange bei der Machbarkeitsstudie an. Der Gemeinderat hat ursprünglich einen Kredit von Fr. 30'000.00 für die Projektierung gesprochen. Wir haben schlussendlich den Auftrag für rund Fr. 10'000.00 vergeben und bis jetzt haben wir einen Kostenstand, also Ausgaben von rund Fr. 10'000.00. Man kann nicht damit argumentieren, dass die Seriosität nun zwei Drittel gelitten hätte und nun nur noch einen Drittel wert sei.

Wir hatten verschiedene Offerten, die sich vor allem im Vorgehen unterschieden haben. Die teureren Offerten wären bei der Projektierung weitergegangen, sie hätten uns konkrete Vorschläge im Neubaubereich gemacht. Schlussendlich hätten sie aber die Kostenschätzung genauso nach Kubikmeterpreis berechnet, mit einer Genauigkeit von +/- 25 Prozent. Das Büro, welches wir auswählten, hat die Kubatur aufgrund der benötigten Fläche rein hypotetisch ermittelt und den Neubaupreis so ausgerechnet. Das ist innerhalb des Projektierungsaufwandes eine erhebliche Erleichterung, bringt aber genau die gleich hohe Kostengenauigkeit.

Bei den Sanierungen hat man bezüglich Kostenberechnungen am meisten Aufwand gehabt. Man hat Analysen gemacht und hat danach einzelne Arbeitsgattungen berechnet. Das war das Vorgehen innerhalb der Machbarkeitsstudie. Den Quadratmeterpreis kann ich hier nicht beziffern, wir arbeiteten mit Kubikmetern. Das Büro hat Erfahrungswerte mit Kubikmetern. Dort muss man beim Vergleich aufpassen. Der SIA kennt zwei Systeme, wie man das umbaute Volumen berechnen kann. Dieses hier ist nach SIA-Norm 116 erfolgt, weil eine gewisse Vorsicht geboten ist beim Vergleichen mit anderen Objekten. Wir hatten aber die Vergleiche gemacht, auch über die Gesamtkosten und wir können festhalten, dass Fr. 800'000.00 pro Kindergarten, wenn man das auf fünf ausrechnet, durchaus realistisch ist.

Ein Wort zur Kostengenauigkeit: Die  $\pm$  25 Prozent sind eine reine Deklaration der Genauigkeit. Sie haben keinen direkten Zusammenhang mit dem Kredit. Es sind Fr. 100'000.00 Reserve da. Wir haben einen gewissen Spielraum eingebaut. Aber wir finden es übertrieben, einfach 25 Prozent "draufzutun". So kann man einen Kredit überladen und wir haben bei der ordentlichen Budgetierung die Konten nicht künstlich "aufblasen" wollen. Hier haben wir analog

anderen Vorlagen verfahren. Meistens sind es  $\pm 15$  Prozent, aber auch dort haben wir nicht einfach soviel draufgetan, nur dass wir an der obersten, sicheren Limite sind. Nochmals: Die reine Deklaration der Genauigkeit hat nichts mit dem Kredit oder allfälligen Nachkrediten zu tun.

Zum Wettbewerb wie er vom Programm her angedacht ist. Das Grundkonzept sieht die erste Stufe vor, dort bewerben sich die Planungsteams/Architekturbüros um die Teilnahme. Dies soll zwischen heute Abend und dem Abschluss der Volksabstimmung erfolgen. Die Phase generiert keine externen Kosten.

Selbstverständlich erfolgt auch schon die erste Ausschreibung unter Vorbehalt des Volksbeschlusses, die Büros können kein Recht daraus ableiten, wenn das Volk den Kredit ablehnt.

Zum Schluss noch ein paar Bemerkungen zu Minergie/Minergie P. Der grosse Unterschied ist in der Tat die Gebäudehülle zwischen dem, was der Gemeinderat beantragt und Minergie P: Und zwar nicht die paar Zentimeter, die mehr isoliert werden müssen, um es etwas salopp auszudrücken, sondern hier steckt der Teufel wirklich im Detail. Man muss mit sehr aufwendigen Lösungen die sogenannten Wärme- oder Kältebrücken eliminieren. Also überall dort, wo eine gewisse Durchdringung ist, steckt man am meisten Aufwand hinein. Das ist auch der Studie der Fachhochschule zu entnehmen.

Ein Wort zum Raumklima: Hier unterscheiden sich Minergie/Minergie-P nicht extrem, weil wir ja sowieso die kontrollierte Lüftung haben. Das ist bei beiden Vorgaben vorgeschrieben. Das Raumklima sollte eigentlich analog sein. Zu den Kosten Minergie-P: Ob das 10 Prozent sein werden oder acht können wir nicht sagen. Wir haben keine Vorgabe gemacht bei der Machbarkeitsstudie, weil wir auf einer höheren Flugebene waren. Deshalb haben wir mit Prozentsen gerechnet. Wenn wir hier weitergehende Vorgaben gemacht hätten, wäre es nicht genauer geworden. Denn um optimal zu planen, braucht man ein konkretes Projekt. Manche Projekte sind besser geeignet für Minergie-P und andere weniger. Selbstverständlich, unabhängig davon, wie der Entscheid ausfällt, wird dies ins Wettbewerbsprogramm einfließen. Wenn Minergie-P ausgewählt würde, würde das so deklariert und auch darauf geachtet.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Zum Antrag der GFL: Es ist in der Tat so, dass die Mehrkosten für Minergie-P auch nur eine grobe Schätzung sind, da kein konkretes Projekt vorliegt. Genauere Angaben können in der jetzigen Projektphase nicht gemacht werden. Mit dem von der GFL beantragten Kredit in der Höhe von Fr. 4'400'000.00 könnten die fünf Kindergärten aber im Minergie-P Standard realisiert werden. Wir müssen öffentlich ausschreiben und da ist mit diversen Bewerbungen zu rechnen. Die Spezialkommission wird nach der Volksabstimmung den Entscheid über die Auswahl zweite. Stufe fällen und dann geht es hinter die konkrete Projektierungsarbeit. Wir haben dies so gewählt, damit wir die Zeit optimal nutzen können und den sportlichen Terminplan einhalten können.

Der Gemeinderat lehnt diesen Vorschlag aber ab, da auch bei allfälligen geringeren Mehrkosten das Kosten-Nutzen Verhältnis negativ ausfällt. Er warnt zudem davor, das Geschäft zu überladen und einen negativen Volksentscheid zu provozieren.

Der Gemeinderat lehnt also den Antrag der GFL ab. Der Vollständigkeit halber sei festgehalten, dass mit oder ohne den Begriff Kostendach die ordentliche Zuständigkeitsordnung für Nachkredite gemäss Art. 27 der Gemeindeverfassung gilt. Bis 10% Kostenüberschreitung entscheidet der Gemeinderat, darüber der GGR. Es ist also keineswegs so, dass der Gemeinderat eigenmächtig handeln könnte; sondern bei grosser Kreditüberschreitung wird das Parlament eingebunden.

Zum Antrag der BDP/EVP: Der Gemeinderat lehnt eine Variantenabstimmung ab. Alle vorberatenden Gremien unterstützen die Variante Neubau von fünf Kindergärten auf der Häberlimatte. Der Grosse Gemeinderat sollte seine Führungsverantwortung wahrnehmen und eine Variantenwahl vornehmen. Die Stimmberechtigten verfügen nicht über das gleiche Vorwissen und können nicht gleich umfangreich dokumentiert werden.

Präsidentin: Gibt es noch Fragen?

Toni Oesch, FdU: Ich möchte, wie bereits erwähnt, Auskunft, welchem Kindergarten die Kinder der vorderen Landgarben und der Schäferei zugeteilt werden. Das ist uns wichtig.

Roland Stucki, EVP: Eine Frage an den Bauverwalter. Wegen der Kostenvoranschläge: Hat man in Hinsicht auf die neuen Brandschutzvorschriften geprüft, ob das Mehrkosten generiert?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Wenn man die Variante B3 vorlegen würde, wäre es wichtig zu wissen, was allfällige Provisorien kosten würden. Ich bin der Meinung, dass diese in der jetzigen Kostenberechnung noch nicht vorhanden sind. Aber ich kann mich täuschen, vielleicht wäre es gut, wenn der Bauverwalter hier Auskunft geben könnte. Wenn nicht alle Kindergärten am selben Ort gebaut werden und man eine Sanierungsphase hat am Lindenweg, dann braucht man für die beiden Kindergärten Provisorien, die sind auch nicht gratis.

Präsidentin: Die Fragen sind gestellt, wer hat die Antworten?

Sabine Huber, Gemeinderätin: Zur Frage von Toni Oesch: In Zollikofen gibt es keine Schulkreise. Und das Gebiet Landgarbe bis Schäferei war immer variabel, je nachdem, wieviel Kinder es im Quartier hat. Auch heute gibt es Kinder, die von unten nach oben gehen oder wenn es oben zuviel hat, gehen sie unten.

Beat Baumann, Bauverwalter: Ich habe es vorher erwähnt, das ist eine Grobkostenschätzung, wir haben keine konkrete Projektierung. Dementsprechend sind auch nicht einzelne Normen berücksichtigt worden. Wir gehen davon aus, dass auch nach den neuen Brandschutznormen, das zu diesem Kubikmeterpreis zu haben ist. Abgesehen davon ist die Machbarkeitsstudie diesen Frühling/Sommer erstellt worden. Zu den Provisorien: Der Baufahrplan bei der Sanierung sieht keine Provisorien vor bei dieser Variante und zwar aus folgendem Grund: Im ersten Baujahr würde es darum gehen, die drei neuen Kindergärten in der Häberlimatte zu bauen. Wir hätten zum gleichen Zeitpunkt wie beim Neubau der insgesamt fünf Klassen am Standort Oberdorf zur Verfügung. Drei im Neubau, zwei am alten Standort. In einer ersten Phase müsste man die zwei, die saniert werden müssen, sanieren. In den anderen zwei wäre noch ein Jahr Unterricht oder ein halbes, das ist noch nicht berechnet. Dann wäre der Wechsel und die überflüssigen zwei würden abgebrochen. So könnte man ohne Provisorien fahren. Auf den Betrieb der Kindergärten hätte es aber alle negativen Auswirkungen, die so ein Bau mit sich bringt, zur Folge. Bei einem Provisorium wäre das noch viel stärker der Fall.

Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung. Die Ausgangslage sieht so aus: Der Antrag des Gemeinderates für die Variante C2 liegt vor. Ebenfalls der Antrag EVP für eine Variantenabstimmung B3 und C2. Und der Antrag der GFL, den Verpflichtungskredit zu erhöhen auf Fr. 4'400'000.00, so dass auch Minergie-P miteingeschlossen wäre.

Zuerst stimmen wir über die Minergie-Variante ab. Dann schauen wir, ob Sie eine Variantenabstimmung wollen und danach kommt die Schlussabstimmung.

Wer dem Antrag der GFL zustimmen will auf Erhöhung des Verpflichtungskredites auf Fr. 4'400'000, damit noch Minergie-P miteingeschlossen werden kann, soll die Hand erheben.

### **Abstimmung**

**Der Antrag wird mit 21 Nein- zu 13 Ja-Stimmen abgelehnt.**

Präsidentin: Wir kommen zur Grundsatzfrage: Will der Rat dem Stimmvolk eine Variante B3/C2 vorlegen?

## Abstimmung

**Die Variantenabstimmung wird mit 26 Nein- zu 8 Ja-Stimmen abgelehnt.**

Präsidentin: Zur Schlussabstimmung: Wer den Verpflichtungskredit für den Neubau der fünf Kindergärten Oberdorf von Fr. 4'050'000.00 zu Lasten der Investitionsrechnung (Kto-Nr. 217.503.64) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums annehmen will, erhebe die Hand.

## Abstimmung

**Der Verpflichtungskredit für den Neubau Kindergärten Oberdorf wird mit 25 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.**

Präsidentin: Somit kommen wir zur Beratung der Botschaft. Wir gehen die Botschaft seitenweise durch. Die GPK kann ihre Bemerkungen zu Beginn anbringen.

Markus Bacher, GPK: Die GPK wünscht eine redaktionelle Überarbeitung. Die Beseitigung von Schreib- und Trennfehlern; Einfügen fehlender Satzzeichen und Worte, Verbesserung sprachlicher Holprigkeiten, damit den Stimmberechtigten eine einwandfreie Botschaft unterbreitet werden kann. Zur Seite 1 möchten wir natürlich, dass der entsprechende Antrag so wiedergegeben ist, wie er jetzt drinsteht. Inklusiv dem letzten Satz, wo der Standort Häberlimatte erwähnt wird. Auf Seite 3 und 4 möchten wir, dass erwähnt wird, dass die verschiedenen Kommissionen und der Gemeinderat sich einhellig für die Variante Neubau ausgesprochen haben. Wir haben debattiert, aber nicht eingehend studiert. Ebenso sollte erwähnt werden, dass die Kindergärtnerinnen heute schon und auch weiterhin Teil des Projektes sind.

Auf Seite 3, Zeile 49 bis 51 möchte die GPK Klarheit schaffen. Dort ist ein Satz *"insbesondere auch mit Blick auf eine allfällige Änderung des Modells der Schuleingangsphase"*. Das könnte dem Stimmbürger suggerieren, dass dies ebenfalls ein Thema wäre. Aber sie ändert ja nicht, wir haben ja ein Schuleingangsphasen-System. Das müsste man besser rüberbringen. Dasselbe gilt für Zeile 83 "Fernwärmenetz ist vorgesehen". Gemäss dem, was wir hier behandelt haben ist das Teil des Geschäftes. Es wird nicht mehr darüber debattiert, ob das vorgesehen ist.

Präsidentin: Will der Gemeinderat Stellung nehmen?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Betreffend den Botschaftsentwurf können die gewünschten Ergänzungen und beantragten Korrekturen der GPK unterstützt werden. Ich werde noch einen Abschnitt betreffend Einbezug der Betroffenen vorlesen, damit es für alle klar ist. Aber grundsätzlich sind die Bemerkungen der GPK gerechtfertigt.

Präsidentin: Wir gehen die Botschaft nun seitenweise durch. Gibt es Bemerkungen aus dem Rat zur Seite 1? Das ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 2?

Marc Niklaus, SP: Als Joseph Crettenand vor einigen Monaten ein Votum zum Kindergarten abgegeben hat, erschrak ich, als der Begriff *"erhaltenswerter Bau"* in Zusammenhang mit dem Kindergarten Lindenweg erschienen ist. Ich möchte beliebt machen, dass man diesen Begriff entweder erklärt oder streicht, er ist nicht sehr informativ für die Stimmbürger. Den meisten Stimmenden in Zollikofen wird es wohl so ergehen wie mir, sie wissen nicht, was ein *"erhaltenswerter Bau"* ist, im Vergleich zu einem *"schützenswerten Bau"*. Joseph Crettenand hat damals auf meine Nachfrage die Begrifflichkeiten auseinanderdifferenziert aber ich finde, dass es Verwirrung stiftet.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Auf Seite 2, Zeile 31/32 muss die Ergänzung *"für den Neubau von fünf Kindergärten auf der Häberlimatte"* sein. Zum Thema *"erhaltenswerter Bau"*: Das ist einige Stufen weiter unten als der *"schützenswerte Bau"*; zum Glück. Ich finde, es sollte stehenbleiben, wenn die Mitglieder des Grossen Gemeinderat dies wünschen, erklären wir das, was es aber etwas kompliziert macht.

Präsidentin: Möchte sich noch jemand dazu äussern? Das ist nicht der Fall. Dann wird das Ratsbüro darüber entscheiden.

Hans-Jörg Rhyn, SP: Ich möchte zu bedenken geben, dass sich diese Frage erst bei einem Abriss dieses *"erhaltenswerten Gebäudes"* stellt. Es wird vom Bau der fünf neuen Kindergärten noch nicht tangiert. Das gibt ein separates Geschäft, wenn ich das richtig verstanden habe.

Hans Peter Baumann, SVP: Es macht nur dann Sinn, diesen Satz zu erklären, wenn man sagt, dass es schwierig ist, dort zu sanieren. Wenn man diese Aussage nicht machen will, dann muss man ihn streichen. Wenn man die Sanierung machen will, dann müssen wir ergänzen.

Beat Baumann, Bauverwalter: Der Begriff *"erhaltenswert"* ist ein Schutzstatus. Das ist eine Beurteilung der Denkmalpflege für dieses Gebäude. Die Bemerkung ist ein Fakt in der Ausgangslage. Das in einer Botschaft zu erklären, ist kompliziert. Da müsste man den ganzen Satz streichen. Er hat in der Tat nicht direkten Einfluss auf das Projekt.

Präsidentin: Wer ist dafür, dass der Satz gestrichen wird? bitte durch Handaufhalten zeigen.

### **Abstimmung**

**Der Antrag, den Satz zu streichen wird mehrheitlich angenommen.**

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 3?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Auf Seite 3 sind zwei Korrekturen der GPK. Zeile 50, *"auch mit dem Blick auf eine allfällige Änderung des Modells Schuleingangsphase"*. Ebenfalls wurde Zeile 83 erwähnt: *"Der Anschluss an das bestehende Fernwärmenetz ist vorgeesehen."*

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 4?

Bruno Vanoni, GFL: Auf Seite 4 oben, erster Satz *"für das vorliegende Bauvorhaben ist es von zentraler Bedeutung, dass ein gutes Projekt und ein qualifiziertes Architekturbüro ausgewählt werden kann."* Das ist eine Banalität, die man bei jedem Bauprojekt erwarten kann. Meine Erwartung an das Ratsbüro wäre, dass der Satz besser formuliert wird, oder darauf verzichtet wird, eine Aussage zu machen, bei der man meinen könnte, bei anderen Bauvorhaben wäre dies nicht wichtig.

Präsidentin: Wir kommen zu Seite 5?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Auf Wunsch der GPK wird auf Seite 5, nach dem Abschnitt *"nach Nutzung Blindenweg"* ein Abschnitt *"Einbezug der Betroffenen"* hinzugefügt. Ich lese den Vorschlag vor: *"Bereits in einer frühen Phase wurde die Sicht der Kindergartenlehrpersonen eingebracht und berücksichtigt. Aber auch die Anliegen der Nutzer sollen in die Projektierung und Ausführung der Kindergärten einfließen. Sie sind in die Projektorganisation miteinbezogen. Die verschiedenen vorbereitenden Kommissionen (Bau und Umwelt, Bildung, Finanz, Planung) und der Gemeinderat unterstützen einhellig den Bau von fünf Kindergärten auf der Häberlimatte."*

Das wäre der neue Abschnitt. Im Antrag muss dann stehen, wie heute Abend abgestimmt worden ist.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich gebe zu bedenken, dass beim "Einbezug der Nutzer" verstanden werden könnte, dass damit die Kindergärteler gemeint sind. Da wäre ein anderer Begriff zu wählen.

Präsidentin: Weitere Bemerkungen? Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich frage an, ob Sie einverstanden sind, den Botschaftsentwurf mit den nötigen Bemerkungen, die das Büro aufnehmen wird, zu akzeptieren? Bitte erheben Sie die Hand.

### **Abstimmung**

**Der Botschaftsentwurf wird grossmehrheitlich mit Anpassungen genehmigt.**

---

58 1.7.2 Politikplan

### **Politikplan 2015 bis 2019**

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung gegeben. Zum Vorgehen: Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird das Wort für eine allgemeine Runde den Fraktionen sowie den Ratsmitgliedern offen sein. Anschliessend besteht die Gelegenheit, zuerst zum Politikplan und anschliessend zum Finanz- und Investitionsplan gezielt Fragen zu stellen oder Bemerkungen anzubringen. Zuerst zum Allgemeinen: Die GPK hat das Wort.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Im Finanz- und Investitionsplan hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht viel verändert. Die Aussichten sind nicht besser. Die Prognosen für die letzten Jahre haben sich bewahrheitet. Der Finanz- und Investitionsplan zeigt den Weg auf und bestätigt die negativen Prognosen. Ihr habt die Abschlussprognose zur Laufenden Rechnung 2014 bekommen. Sie bestätigt die Budgetwerte, mit kleinen Abweichungen, die aber nicht zu so grossen Verbesserungen führen, dass wir bedenkenlos in die Zukunft schauen können. Es ist leider nicht so. Dazu zu sagen ist, dass im Finanz- und Investitionsplan für die ganze Planperiode mit einer Steueranlage von 1,40 Einheiten und einer Liegenschaftssteuer von 1,0 ‰ gerechnet wurde. Die Investitionen sind mit einem Korrekturfaktor von 25 Prozent berechnet worden und tragen so den zeitlichen Verzögerungen bei der Projektausführung Rechnung und basieren auf Erfahrungswerten.

Bei den Kosten für die Lastenausgleichssysteme ist gegenüber dem Vorjahr mit durchschnittlich 38 Franken mehr pro Einwohner zu rechnen. Es ist ein Anstieg der zur Kenntnis zu nehmen ist, den wir von hier aus nicht steuern können. Die Nettoinvestitionen können nur ungenügend selber finanziert werden. Beim Selbstfinanzierungsgrad liegt die Kurve auf der untersten Schiene, das heisst, dass wir zum grössten Teil auf Pump leben. Wenn wir noch schlechter geschäftet, und nichts dagegen unternehmen, werden wir nicht einmal mehr die laufenden Ausgaben zahlen können. Davon sind wir zum Glück noch weit entfernt. Aber ich gebe zu bedenken, dass wir darauf reagieren müssen. Entweder können wir es ausgaben-seitig machen und wenn das nicht geht, müssen wir einnahmeseitig reagieren, das heisst, mit Steuererhöhung. Auf Lottogewinne zu hoffen ist ein schlechter Ratgeber. Was hier im Finanz- und Investitionsplan enthalten ist, sind keine Luxusprojekte, es sind Unterhaltssachen. Es geht darum, dass Sanierungen gründlich geprüft werden, wie wir es mit dem Kindergarten gemacht haben.

Wir können es nicht einfach schwimmen lassen, ohne etwas zu tun. Wir werden in den nächsten Jahren reagieren müssen. Schulden anzuhäufen und zu verzinsen, das kann nicht unser Ziel sein.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Voten der Fraktionen.

Martin Köchli, BDP: Der Gemeinderat hat es soeben erwähnt: Nichts Neues im Finanz- und Investitionsplan gegenüber im letzten Jahr.

Die BDP Fraktion hat den Politik- und den Finanzplan zur Kenntnis genommen. Der Politik- und der Finanzplan sind wichtige Führungsinstrumente des Gemeinderates und für uns GGR-Mitglieder eine unabdingbare "Guideline" um die Einzelgeschäfte richtig einordnen zu können und die Gesamtübersicht zu behalten. Wir danken dem Gemeinderat und allen Beteiligten für die Erstellung des hervorragenden Dokumentes.

Mit Besorgnis nehmen wir von den Ergebnissen der Finanzplanung Kenntnis. Die Selbstfinanzierung ist in den nächsten Jahren ungenügend. Mit einem durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 29 Prozent zeichnet sich eine zunehmende Neuverschuldung ab und somit nimmt das zu verzinsende Fremdkapital zu. Die zu erwartenden Aufwandüberschüsse können zwar durch das vorhandene Eigenkapital noch aufgefangen werden. Aber auch das hat einmal seine Grenzen. Bereits wird von nötigen Mehreinnahmen und einer Steuererhöhung gesprochen. Dies sind ernst zu nehmende Zeichen, die in naher Zukunft politische Entscheide erfordern. Aus Sicht der BDP geht es nun darum, dass sich die Kräfte innerhalb des GGR zusammentun, die Steuererhöhungen per se nicht unterstützen, die bereit sind nach mehrheitsfähigen Sparmöglichkeiten zu suchen und wo möglich auch den eigenen Gemeinderäten entsprechende Aufträge zu erteilen. Dazu wäre die BDP bereit, dies zu initiieren und erste Sondierungsgespräche mit den Fraktionen zu führen.

Hans Jörg Rhyn, SP: Wir nehmen den Politikplan so zur Kenntnis, wie er ist. Es ist ein interessantes Dokument, ein Handlungsplan des Gemeinderates, wir haben keine Bemerkungen und finden ihn gut. Der Finanz- und Investitionsplan 2015 – 2019 zeigt auf, dass sich die Perspektiven seit dem letzten Jahr nicht wesentlich verändert haben. Sie sind aber auf keinen Fall besser geworden. Die wirtschaftliche Lage im direkten Umfeld der Region Bern erscheint zwar stabil. Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten könnten aber die gesamte Wirtschaftslage Europas und damit unsere rasch verschlechtern.

Die vorsichtige Einschätzung des Gemeinderates bei den Erläuterungen zum Finanzplan sind darum richtig. Drei Aussagen erscheinen uns besonders wichtig. Erstens: Auch mit den geplanten, leicht höheren Steuererträgen bleibt die Selbstfinanzierung über die Planperiode hinweg ungenügend. Zweitens: Es zeichnet sich eine zunehmende Neuverschuldung ab. Pro Jahr im Durchschnitt fast Fr. 2 Mio. Drittens: Die Aufwandüberschüsse können durch das ausgewiesene Eigenkapital vorläufig noch aufgefangen werden, die Leistungsfähigkeit des Finanzhaushaltes kommt aber in den Planjahren ohne Mehrerträge an ihre Grenzen. Die SP-Fraktion nimmt von diesen ziemlich unerfreulichen Feststellungen Kenntnis und nimmt sie ernst. Wichtig ist für uns, dass einerseits die Neuverschuldung nicht endlos zunimmt, andererseits sollte die Gemeinde für die Erfüllung ihrer Aufgaben auch in Zukunft einen gewissen Spielraum haben. Dank den guten Rechnungsabschlüssen und den zusätzlichen Abschreibungen in den vergangenen Jahren ist Zollikofen vorläufig noch gut aufgestellt. Wir stimmen der differenzierten Beurteilung des Gemeinderates voll zu und nehmen den Finanz- und Investitionsplan in diesem Sinne zur Kenntnis.

Anne Lise Greber, GFL: Die Fraktion GFL dankt dem Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für die Erstellung des Politikplans mit dem Umsetzungsprogramm und nimmt ihn sowie den Finanz- und Investitionsplan zur Kenntnis. Ich äussere mich zu den Zahlen nicht, da andere dies viel besser machen.

Wir schätzen insbesondere den Lösungsansatz 1.8 „Behörden und Verwaltung in Integrationsfragen schulen“ und den Punkt 2.5 „Ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Litterings und der unerwünschten Sprayereien erarbeiten und umsetzen“. Im Umsetzungsprogramm, unter Punkt 3.4.1.1. „Teilprojekt uferbezogenes Velo- und Fusswegnetz umsetzen“, gehen wir davon aus, dass die Umsetzung in Abstimmung mit den Nachbargemeinden stattfindet und hoffen, dass die Wege nicht breiter gestaltet werden, als nötig. Dabei ist es uns auch ein Anliegen, dass der Teil Renaturierung nicht zu kurz kommt.

Marcel Remund, FDP: Die FDP Fraktion hat den Politik-, Finanz- und Investitionsplan für die Jahre 2015 bis 2019 zur Kenntnis genommen und dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Erstellung.

Politisches Handeln zieht meistens zusätzliche finanzielle Belastungen mit sich. Umso wichtiger ist, dass die verfolgten Ziele im Politikplan und deren Umsetzung zum Nutzen möglichst vieler Einwohnerinnen und Einwohner von Zollikofen sind. Darum gilt es, Augenmass zu halten. Wir als Parlament haben es in der Hand, allenfalls Gegensteuer zu geben.

Der vorliegende Finanz- und Investitionsplan bestätigt im Wesentlichen die Annahmen aus dem Vorjahresfinanzplan. Der Aufwand des Steuerhaushaltes nimmt von 2014 bis 2019 um rund neun Prozent zu. In Zeiten einer relativ tiefen Teuerungsrate ist dies eine beachtliche Zunahme. Bei gleichbleibender Steueranlage wird ebenfalls mit einer Zunahme des Steuerertrages über die Planperiode gerechnet. Das zeigt einmal mehr, dass der Grund für zukünftige Defizite in den Jahresrechnungen nicht mangelnder Steuerertrag ist, sondern die stetig steigenden Ausgaben. Schon nur ein Einfrieren der Ausgaben auf heutigem Niveau würde daher die Defizite stoppen. Erfreulich ist, dass die geplanten Investitionen der nächsten fünf Jahre relativ gleichmässig auf die Jahre verteilt sind. Dies zeigt, dass die Gemeinde verlässlich und sorgfältig mit ihrer Infrastruktur umgeht.

Alles in allem zeigt sich jedoch ein getrübbtes Bild der Gemeindefinanzen: Das Eigenkapital wird bis 2019 auf rund Fr. 6 Mio. absinken und das verzinsliche Fremdkapital um rund Fr. 10 Mio. zunehmen. Die Investitionen können also nicht aus der laufenden Rechnung finanziert werden. Darum gilt es, die Hausaufgaben zu machen und die Defizite der nächsten Jahre ohne Steuererhöhungen zu eliminieren. Masshalten bei den laufenden Ausgaben ist die beste Lösung dazu. Wir helfen mit.

Peter Bähler, SVP: Auch die SVP dankt für die Vorlage des Politikplanes. Wir haben sie kurz diskutiert und fanden, dass sie so gut ist. Zum Teil hat der Gemeinderat sehr ambitionöse Ziele gesetzt, aber wir werden ihn unterstützen. Zum Finanzplan wurde schon viel gesagt, eigentlich wollte ich zuerst fragen, ob der Gemeinderat nichts tut, wenn die Finanzen aus dem Ruder laufen, er hat das aber heute genau dargelegt. Wir haben auch das Angebot der BDP gehört und auch wir würden mithelfen, eine Lösung zu finden.

Präsidentin: Weitere Fraktionsmeldungen? Das ist nicht der Fall? Voten der Ratsmitglieder?

Roland Stucki, EVP: Punkt 2.5 „Ein umfassendes Konzept zur Bekämpfung des Litterings und der unerwünschten Sprayereien erarbeiten und umsetzen“ im Politikplan soll umgesetzt werden. Anne-Lise Greber hat es kurz erwähnt, das ist an sich lobenswert. Stellt sich nur die Frage, ob man jetzt Fr. 10'000.00 ausgeben soll, um lokal ein solches Konzept auszuarbeiten, welches "fédéral" wohl ebenso zu Buche schlägt.

Es hat in der Schweiz sicher schon einmal eine Gemeinde oder Stadt gegeben, die so ein Konzept gemacht haben. Internetrecherchen würden wahrscheinlich sparen helfen. Wie würde man das dann angehen? Würde es darum gehen, Flächen zu vermeiden, die besprayed werden könnten? Oder geht es darum, herauszufinden warum überhaupt gesprayed wird?

Thomas Ackerman, CVP: Fast alles ist wie im Vorjahr. Vieles ist bereits gesagt worden. Ich will auf Wiederholungen verzichten und kann mich sehr kurz halten. Wir von der CVP haben in den Unterlagen nichts Beunruhigendes gelesen. Betreffend des Eigenkapitals, glauben wir noch nicht daran, dass sich dieses bis 2018 halbieren wird.

Wir haben zur Kenntnis genommen, was im Bericht und Antrag, im Politikplan sowie im Finanz- und Investitionsplan geschrieben worden ist. Wir danken allen an dieser Arbeit beteiligten Personen für die sehr gewissenhafte und sorgfältige Arbeit.

Toni Oesch, FdU: Zu Bericht und Antrag Ziffer 4 zu den neuen Lösungsansätzen: Ich begrüsse die Neuaufnahme von Lösungsansätzen, wie zu a) Ziff. 2.5 Bekämpfung des Litterings: Vielleicht kann noch Geld in die Gemeindekasse gespült werden, wenn Bussen möglich sind und zu Ziff. 3.6: Das verdichtete Bauen wird geprüft: Wir haben schon ein Resultat mit der Teilaufhebung der Ausnutzungsziffern. Was das Bauen in die Höhe bringt, sehen wir auch schon am Beispiel Aufstockung eines Einfamilienhauses an der Stockhornstrasse, mit Verschandelung des Ortsbildes.

Präsidentin: Weitere Voten? Das ist nicht der Fall. Will der Gemeinderat zu den Voten der allgemeinen Runde Stellung nehmen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen somit zur Detailberatung des Politikplanes. Wir sammeln entsprechende Voten aller Ratsmitglieder und anschliessend wird der Gemeinderat dazu Stellung nehmen.

Seite 3 bis 9: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Bei den Erläuterungen zum Umsetzungsprogramm auf Seite 10 hat es bei Punkt 2.5 "unterwünschten" einen "t" zuviel. Zudem frage ich mich, ob es "erwünschte Sprayereien" gibt (*Anm. d. Protokollf.: Allgemeine Erheiterung*). Zu Seite 11.

Bruno Vanoni, GFL: Zwei Fragen. Die erste zum Tätigkeitsprogramm 2015, 1.2.2.2 *"Die definitive Einführung der sprachlichen/sozialen Frühförderung ist abhängig von der Einführung des Projekts schritt:weise."* Hier wird keine Tätigkeit beschrieben, sondern gesagt, dass etwas abhängig ist von etwas anderem. Es würde mich interessieren, ob etwas gesagt werden kann, bezüglich definitiver Einführung der Frühförderung und wie es mit schritt:weise aussieht.

Die zweite Frage betrifft Punkt 1.3.1.2 *"Gemeindemitteilungen vermehrt im Anzeiger Region Bern veröffentlichen."* Im Voranschlag lernen wir, dass in Zukunft für den Anzeiger bezahlt werden muss und hier wäre meine Frage, ob das Sinn macht und wir nicht besser auf das Mitteilungsblatt Zollikofen setzen.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Zur sprachlich-sozialen Frühförderung: Wenn man schritt:weise eingeführt hätte, hätte man eventuell gewisse Synergien nutzen können, vor allem auch punkto Zuständigkeit und Organisation. schritt:weise findet aber nicht statt und über die definitive Einführung der Frühförderung wird im ersten Quartal 2015 entschieden.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Die zweite Frage von Bruno Vanoni betrifft die Gemeindemitteilungen im Anzeiger. Sie konnten den Budgetunterlagen entnehmen, dass der Anzeiger der Region Bern wirtschaftliche Schwierigkeiten hat. Er probiert dies nicht nur durch kostenpflichtige Publikationen der Gemeinden aufzufangen, sondern auch mit einer Attraktivitätssteigerung. Den Hauptertrag erzielt er immer noch aus den Inseraten und nicht aus den Textbeiträgen, die neu kostenpflichtig werden. Sie haben es vielleicht schon gesehen, manchmal erscheint eine "Gemeindeseite" auf der Mitteilungen der angeschlossenen Gemeinden publiziert werden. Diese sind für die Gemeinden kostenlos.

Roland Stucki, EVP: Seit 2005 bietet der Verein Arche Noah sprachliche Frühförderung an. Das ist meines Wissens die einzige, noch aktive Frühförderung nach Konlab-Methode. Die Gemeinde beteiligt sich indirekt daran.

Seite 12: Keine Bemerkungen.

Markus Burren, SVP: Seite 13: Lösungsansatz 3.1 "*grünflächen aufwerten und vernetzen*". Das hier umschriebene Ziel ist völlig unrealistisch. Den Landwirten stehen in Zusammenhang mit dem Vernetzungskonzept jährlich Beiträge von Seite Kanton Bern zwischen Fr. 20'000.00 und 30'000.00 zu. Dieses Konzept sollte seit drei Jahren durch die Verwaltung aktualisiert werden. Da bisher keine aktualisierte Version bei der Abteilung Naturförderung des Kantons Bern eingegangen ist, werden die Beiträge erstmals im Jahr 2014 gestrichen. Dies, obwohl die Landwirte ihre Leistung (einschränkende Bewirtschaftung) nach Treu und Glauben auch in diesem Jahr erbracht haben.

Ich frage Sie: Wer bezahlt den Landwirten die Beiträge? Wie ist das Vorgehen, um bei schwindender Kulturlandfläche die knapp 9 ha zusätzlich geplante Vernetzungsflächen in der Gemeinde zu generieren?

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Das Vernetzungskonzept ist in Bearbeitung und es ist geplant, dass es bis Ende Jahr fertig ist.

Markus Burren, SVP: Nur ein Teil der Fragen wurde beantwortet. Uns interessiert die Frage nach dem Geld. Und das mit der ökologischen Ausgleichsfläche, die Ende 2019 29,0 ha betragen soll, ist völlig aus der Luft gegriffen.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Diese Frage kann nicht beantwortet werden und wird als Einfache Anfrage entgegengenommen.

Seite 14 bis 16: Keine Bemerkungen. Seite 17 bis 19?

Marc Niklaus, SP: Ich habe das Dokument in Spanien am Strand genossen, es hat noch etwas Sand darin. Bei der zweiten Spalte auf diesen drei Seiten, bei der Begründung, warum man einen Lösungsansatz aus dem Ideenspeicher herausgenommen hat: Ich war etwas perplex wegen des ziemlich einsilbigen Textes. Ich wünsche mir eine Begründung, da ich zum Teil auch gar nicht verstanden habe, weshalb etwas aus dem Ideenspeicher fiel.

Präsidentin: Seiten 20 und 21? Keine Bemerkungen, wir kommen zum "*Courant normal der politischen Führung*" auf Seite 22/23. Keine Bemerkungen. Seite 24?

Toni Oesch, FdU: Seite 24, Finanzen: Zum wirtschaftlichen Umfeld komme ich beim nächsten Traktandum "Voranschlag 2015" zurück. Letztes Jahr habe ich dieses Heft intensiv bearbeitet. Weil aber Anregungen und Aussagen nur zur Kenntnis genommen werden, habe ich dieses Jahr darauf verzichtet.

Präsidentin: Gibt es noch Voten? Das ist nicht der Fall. Das Wort hat der Gemeinderat.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zum Finanz- und Investitionsplan, den wir seitenweise beraten. Auch hier gehen wir zuerst hindurch, danach hat der Gemeinderat Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Toni Oesch, FdU: Seite 1, Ziffer 3, Grundlage: Es ist richtig, dass bei Investitionen mit einem Realisationsabzug von 25 Prozent gerechnet wird. Bisher sind es die grünen Seiten gewesen. Dadurch werden auch die Fehlprognosen nicht so krass ausfallen wie in den letzten Jahren. Das zeige ich beim Traktandum Voranschlag 2015. Eine andere Korrektur ist die ge-

nerelle Ausgabenkürzung um einen halben Steuerzehntel und die gleichzeitige Erhöhung der Einnahmen um einen halben Steuerzehntel. Dieses Manöver ist also saldoneutral. Ob es greifen wird, ist fraglich.

Zu Ziffer 4 Investitionen: Sehr zu begrüßen ist die gesamtschweizerische Harmonisierung der Berechnung der Abschreibungen ab dem Jahr 2016, nämlich linear 10 Prozent des Anlagewertes. Dadurch werden die Folgekosten der Neuinvestitionen richtigerweise auf die Jahre gleichmässig verteilt.

Zu Seite 2 oben und Seite 3, Ziffer 7, Prognoseannahmen, zweitletzter Abschnitt: Für 2015 ist die Zuwachsrates der Einkommenssteuer natürlicher Personen möglicherweise mit 4,80 Prozent zu hoch gegriffen, weil die Basis, das heisst, die Einkommen im Lauf des Jahres 2014 nach BIP-Zahlen abnehmen werden. Beim Voranschlag 2015 komme ich darauf zurück.

Seite 3: Keine Bemerkungen.

Seite 4: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch, FdU: Seite 5, Ziffer 11, Schlussfolgerungen: Es ist richtig, dass die geplanten Ausgabenüberschüsse dem Eigenkapital angerechnet werden. Aber ein solches Vorgehen bewirkt das Gegenteil einer Schuldenbremse. Das vorhandene Eigenkapital von rund Fr. 14 Mio. und die Überabschreibungen allein der letzten sechs Jahre von Fr. 7,8 Mio stellen Steuern auf Vorrat dar. Dadurch können Steuererhöhungen vermieden werden und die Steuerzahler erhalten etwas zurück der zu viel bezahlten Steuern.

Seite 6 bis 27: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Möchte der Gemeinderat Stellung nehmen? Das ist nicht der Fall. **Ich stelle fest, dass Sie den Politikplan 2014 bis 2018 zur Kenntnis genommen haben mit dem Finanz- und Investitionsplan 2015 bis 2019.**

---

59 1.601. Budget / Voranschlag

### **Voranschlag 2015**

Präsidentin: Ich habe eine nachträgliche Entschuldigung: Dubravka Lastric von der GFL ist auf dem Flughafen "steckengeblieben" und schafft es nicht mehr an die Sitzung. Wir kommen zum Geschäft 4, dem Voranschlag 2015. Eintreten auf das Geschäft ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Auch hier zum Vorgehen. Nach den Voten der GPK und des Gemeinderates wird auch hier das Wort zuerst für eine allgemeine Runde für die Fraktionen und danach für die Ratsmitglieder offen sein. Anschliessend wird auch hier im Detail das rote Heft diskutiert. Danach nehmen wir das hellblaue Dossier, "Produktdefinition/Produktbudget 2015, Sekundarstufe I" durch und zum Schluss die Abstimmungsbotschaft. Möchte sich die GPK äussern?

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat den Bericht und Antrag sowie Voranschlag samt Kommentar und Erläuterungen mit dem Finanzverwalter durchbesprochen. Bis auf wenige Ausnahmen konnten die aufgeworfenen Fragen geklärt werden. Von den erhaltenen Zusatzinformationen wird nachfolgend eine Auswahl von Auskünften des Finanzverwalters protokolliert, die für den GGR von Interesse und Relevanz sein dürften. Die GPK dankt dem Finanzverwalter für die Teilnahme an der Sitzung, die erteilten Auskünfte und die geleistete Arbeit.

Bericht und Antrag, Seite 4, Tabelle 5.3 Abweichungen zur Rechnung 2013: Die Zunahme beim Personalaufwand, ohne Spezialfinanzierungen, ist vor allem darauf zurückzuführen,

dass 2013 verschiedene Stellen nicht besetzt waren, was damals zu Minderaufwand geführt hat. Ein weiterer Grund sind Personalfluktuationen, insbesondere infolge von Pensionierungen. Zudem wurde infolge hoher Fallbelastungen bei den Sozialdiensten der Stellenetat um gerundet 20 Stellenprozente erhöht.

Seite 10, Tabelle: Im Text vor der Tabelle wird der Selbstbehalt erwähnt, den die Gemeinde in der Höhe von 20 Prozent der Aufwendungen für familienergänzende Kinderbetreuung übernehmen muss, im Gegenzug werden 80 Prozent aus dem Lastenausgleich rückerstattet. Die Prozentzahlen im mittleren Teil der Tabelle zeigen hingegen, dass nicht genau 80 Prozent rückerstattet werden, sondern etwas mehr oder auch weniger in den Lastenausgleich einbezogen sind. Dies ist im Fall der Kindertagesstätte und der Tageseltern darauf zurückzuführen, dass die Rückerstattung aus dem Lastenausgleich auch aufgrund der Normlohnkosten berechnet wird. Bei der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist der höhere Bezug aus dem Lastenausgleich, 82.4 Prozent, darauf zurückzuführen, dass die Gemeinde nicht ausschöpft, was gemäss Vorgaben des Kantons maximal für die offene Kinder- und Jugendarbeit ausgegeben und in den Lastenausgleich einbezogen werden könnte.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Das Budget, das haben auch Sie gelesen und gesehen Steueranlage ist 1,4 Prozent, Liegenschaftssteuer ist 1 Promille des amtlichen Wertes. Und ein Defizit von 1,25 Mio. Ist gleich hoch wie letztes Jahr. Wir haben die Abschlussprognose erhalten, die den budgetierten Ausgabenüberschuss bestätigt. Das Budget ist wichtig, weil wir uns damit den effektiven Tatsachen annähern können. Seit zwei Jahren sind wir mehr oder weniger auf Kurs und wir budgetieren mit negativen Rechnungsabschlüssen, zu unserem Leidwesen. Deswegen müssen wir Eigenkapital abbauen. Der Gemeinderat konnte feststellen, dass seriös budgetiert wurde. Das heisst, die Ausgaben wurden auf Notwendigkeit und Zweckmässigkeit überprüft. Es ist erfreulich, wie wenig Korrekturen angebracht wurden, jedoch zum Leidwesen des Budgets, weil man so keine besseren Zahlen erreichen konnte.

Jedoch gilt sonst, was ich vorher erwähnt habe: Zuwarten bis 2020 können wir nicht. Wir sollten auch die nächsten fünf Jahre so weiterfahren können. Denn Eigenkapitalabbau bedeutet Schulden und Fremdzinsen. Das ist bekannt. Ich bin auf die Budgetbehandlung gespannt, ich hoffe, dass wir noch einsparen können, das wäre erfreulich.

Präsidentin: Das Wort ist offen für Voten der Fraktionen zur allgemeinen Runde.

Markus Burren, SVP: Die Gemeinde Zollikofen wird ihre Rechnung mit einem Millionendefizit abschliessen. So wie es prognostiziert wurde aufgrund der vorliegenden Hochrechnung. Das Budget 2015 sieht nicht besser aus. Einen Trost gibt es, die Finanzlage der Gemeinde ist im Moment noch gut. Es muss aber jedem Parlamentarier klar sein, dass wenn wir so weiterfahren mit der Verschlechterung, das nicht gut endet. Wir müssen Gegenmassnahmen ergreifen. Für viele GGR-Mitglieder ist es aber nicht damit getan, den Steuerfuss wieder anzuheben. Die SVP-Fraktion akzeptiert das Budget so wie es vorliegt insofern, dass in dieser Budgetdebatte nicht weitere Verschlechterungen eingebucht werden. Das Akzeptieren des Defizites setzt aber voraus, dass wir die Sache nicht so "weitschlitteln" lassen. Dass wir bereit sind, nicht nur über eine Steuersatzerhöhung zu diskutieren, sondern auch über Gegenmassnahmen. Das heisst für uns, Aufgaben allenfalls weglassen, die freiwillig sind bei der Gemeinde. Deswegen müssen wir bis zur nächsten Budgetdebatte ein allfälliges Sparprogramm prüfen. Das tut weh, das wissen wir. Aber wir müssen hinschauen.

Martin Köchli, BDP: Die BDP Fraktion hat den Voranschlag analysiert und diskutiert und wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen. Wir danken dem Departementsvorsteher Finanzen, dem Finanzverwalter und seinem Team für die Erstellung des Budgets und des Berichtes mit den sehr guten Kommentaren und Erläuterungen. Weiter danke ich meinem Tur-

nerkollegen Stefan Fässler für die hilfreichen Zusatzinformationen zu einzelnen Budgetpositionen.

Wir erachten den Aufwandüberschuss mit Fr. 1,241 Mio, was 0.83 Steuerzenteln entspricht, als vertretbar. Wir stellen fest, dass das erwartete Ergebnis unter Berücksichtigung der Saldoänderungen leicht unter dem aktuell prognostizierten Ergebnis der laufenden Rechnung liegt und etwa dem Ergebnis der Rechnung 2013 entspricht. Wir begrüßen, dass der Gemeinderat bereits zahlreiche Änderungen am Detailbudget vorgenommen und so doch eine massgebende Resultatsverbesserung herbeigeführt hat. Aus diesem Grund sehen wir bei den einzelnen Positionen keinen Anpassungsbedarf.  
Besten Dank.

Marceline Stettler, GFL: "Zollikofen schreibt rote Zahlen": in etwa so könnten morgen die Schlagzeilen in der Tagespresse lauten. Und in Bezug aufs Budget 2015 sind sogar tief rote Zahlen geplant. Aber es gibt nichts zu jammern oder gar die Augen verwundert zu reiben, wir haben es kommen sehen. Ein nicht unwesentlicher Grund für dieses Minus ist sicher die Steuersenkungspolitik der Bürgerlichen auf Kantonsebene.

So klar die roten Zahlen sind, so klar ist auch die Tatsache, dass es so – und damit meine ich die Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben – längerfristig nicht weitergehen kann. Die GFL ist gleicher Meinung wie der GR, in nächster Zeit muss eine Korrektur stattfinden. „Wir müssen etwas machen“.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Beteiligten für die ausführlichen Unterlagen und die Antworten. Es ist sicher nicht immer eine leichte Aufgabe. Eine Bitte noch an unseren GR für Finanzen: Kurt, gib die Hoffnung auf ein Wunder oder einen Lottogewinn ja nicht zu früh auf! Danke

Marcel Remund, FDP: Der vorliegende Voranschlag 2015 und die dazu abgegebene Abschlussprognose 2014 sind ein sehr gutes und übersichtliches Arbeitsinstrument. Die FDP-Fraktion dankt Verwaltung und Gemeinderat für die gewohnt gute Arbeit. Um es vorweg zu nehmen, die FDP-Fraktion wird dem Voranschlag 2015 ohne Änderungen zustimmen. Dies nicht aus Begeisterung über die zunehmenden Wolken über den Finanzergebnissen sondern aus der Überzeugung, dass eine Ablehnung des Voranschlages und daraus folgende „Hau-ruckübungen“ der Gemeindekasse nicht nachhaltig dienen würden.

Das Defizit der Laufenden Rechnung des Voranschlages liegt mit Fr. 1,2 Mio. ungefähr auf der Höhe der Abschlussprognose 2014. Dies zeigt eine gewisse Stabilisierung der Ergebnisse auf tiefem Niveau. Da anzunehmen ist, dass die Plangenaugigkeit ähnlich hoch sein wird wie 2014, kann man auch nicht, wie es in den Vorjahren zum Teil noch vorgekommen ist, auf grosse positive Abweichungen in der Rechnung 2015 hoffen.

Solche Defizite können mittel- bis langfristig nicht mehr hingenommen werden. Der grösste Nettoaufwandposten bleibt mit Fr. 7,1 Mio. die Soziale Wohlfahrt gefolgt von der Bildung mit Fr. 6,2 Mio.. Es fragt sich, welchen Einfluss die Gemeinde gerade auf diese Kostenpositionen effektiv noch in eigener Autonomie hat. Aber trotzdem darf dies nicht als Vorwand für Defizite vorgeschoben werden. Das Parlament und auch der Gemeinderat haben sehr wohl Einfluss auf zukünftige Kostenentwicklungen.

Wie die Antwort auf die Interpellation von Heinz Buser zeigt, wurden in den letzten sechs Jahren neue jährliche Ausgaben von rund Fr. 1 Mio. in eigener Autonomie beschlossen. Ohne diese neuen Ausgaben wäre das aktuelle Defizit beinahe beseitigt. Wir haben es also durchaus in eigener Hand etwas gegen steigende Kosten zu unternehmen. Falls Anträge in der Budgetdebatte für Erhöhungen von Budgetposten gestellt werden sollten, werden wir dies konsequent ablehnen. Aus der Budgetdebatte des letzten Jahres bleibt uns noch in Erinnerung, wie der Rat einen Beitrag an die „Kultur-Legi“ beschlossen hat. Zugegeben der Be-

trag von Fr. 7'500.00 ist in Bezug auf das Gesamtbudget unwesentlich. Aber wir sind dann trotzdem gespannt, im Verwaltungsbericht zu lesen, wie viele Leute dieses Angebot der „Kultur-Legi“ in Anspruch genommen haben.

Wir erwarten vom Gemeinderat, dass er Möglichkeiten aufzeigt, um zukünftige Defizite zu verhindern und dass die Budgets ab 2016 ohne Steuererhöhungen möglichst wieder ausgeglichen gestaltet werden können. Das Parlament ist zudem in der Pflicht, Begehren nach neuen Ausgaben auch mal abzulehnen. Der Nutzen für möglichst Viele hat im Vordergrund zu stehen.

Hans Jörg Rhyn, SP: Die SP-Fraktion hat den Voranschlag 2015 ziemlich genau angeschaut, die Änderungen des Gemeinderates zur Resultatverbesserung zur Kenntnis genommen und selber keinen Bedarf für weitere Änderungsanträge entdeckt. Einmal mehr darf dem Finanzdepartement und dem Gemeinderat gedankt werden für die übersichtlichen und gut verständlichen Unterlagen, insbesondere für die Tabellen mit den wesentlichen Veränderungen gegenüber der Rechnung 2013 und dem Budget 2014. Auch das Dokument "Kommentar und Erläuterungen" ist wie immer sehr hilfreich.

Unsere Bemerkungen und Aussagen in der Budgetdebatte des letzten Jahres bezüglich Wirtschaftslage und Auswirkungen der bernischen Finanzpolitik könnten wir hier praktisch eins zu eins wiederholen. Sie sind nach wie vor gültig. Die Unsicherheiten sind nicht verschwunden.

Aber die Finanzlage von Zollikofen ist weiterhin gut. Das Polster der guten Rechnungsabschlüsse in den Vorjahren, verbunden mit den zusätzlichen Abschreibungen, wirkt sich immer noch positiv aus. Sobald die Gemeinde aus dem gegenwärtig überdurchschnittlich grossen Investitionsschub herauskommen wird, dürfte sich auch der Finanzbedarf wieder normalisieren.

Trotz dem Aufwandüberschuss von Fr. 1,2 Mio. in der nächstjährigen laufenden Rechnung kann die SP dem Voranschlag 2015 mit gutem Gewissen zustimmen, sowohl für den allgemeinen Haushalt wie auch für die geplanten Massnahmen bei den Spezialfinanzierungen im Versorgungs- und Entsorgungsbereich.

Präsidentin: Gibt es weitere Wortmeldungen der Fraktionen? Das ist nicht der Fall. Dann ist das Wort offen für die Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Auch zu diesem Geschäft kann mich kurz halten. Zudem: In meinen Ferien besuchte ich einen Zoo, wo ich mich an den vielen farbenprächtigen Papageien erfreuen konnte. Unter diesen vielen farbigen Papageien fehlte allerdings unsere Parteifarbe, die Farbe Orange. Möglicherweise ist das ein Wink dafür, dass die CVP nicht nachplappern soll. Also lasse ich das.

Mit einer Ausnahme: Auch das CVP-Team dankt dem Finanzverwalter und allgemein der Verwaltung für die seriöse Ausarbeitung des Voranschlages. Danke. Im Namen der CVP werde ich dem Voranschlag 2015 zustimmen.

Toni Oesch, FdU: Routinemässig lege ich wieder meine Zahlenreihe auf (*siehe Seite 151*). Frau Roll wird diese sicher wieder ins Protokoll integrieren, sodass ich nicht jede Zahl ablesen muss. Mit Dank zum Voraus. Auch Dank an Herr Fässler für die Bedienung des Beamer. Die erste Zeile zeigt die Aufwandüberschüsse gemäss den Voranschlägen, bei b) die Abschlussprognosen, die jeweils im Oktober des laufenden Jahres bekannt gegeben werden, bei c) die definitiven Abschlusszahlen und darunter die Fehlprognosen. Damit will ich zeigen, dass die Suppe nicht so heiss gegessen wird wie gekocht, allerdings eventuell mit Ausnahme des laufenden Jahres 2014. Denn bis heute beträgt die Differenz nur Fr. 55'000.00.

Auch in Zukunft kann der Schuss nach hinten losausgehen. Ich mache ein Fragezeichen bei der hauptsächlichsten Einnahmequelle, bei den Einkommenssteuern natürlicher Personen. Bei der Detailberatung komme ich darauf zurück.

Die jeweiligen Ertragsüberschüsse von total Fr. 7,8 Mio. in den letzten sechs Jahren sind alle für Überabschreibungen verwendet worden. Ich habe mehrmals darauf hingewiesen, dass zumindest ein Teil dem Eigenkapital hätte zugeschlagen werden sollen, wie wir's früher gehandhabt haben. Denn Überabschreibungen vermindern wohl in den Folgejahren den Abschreibungsbedarf, sind aber in schlechten Zeiten nicht wieder einbringbar. Hingegen kann das Eigenkapital in schlechten Jahren zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden. Das Eigenkapital wird Ende 2019 also schon bald, nur noch Fr. 6 Mio. betragen, wenn wir Glück haben.

Die Mehrheit der bernischen Gemeinden verfügt über ein Eigenkapital von 12,0 Steuerzehnteln. Das kann man dem Finanzbericht des Regierungsrates vom letzten Frühling entnehmen. Wir befinden uns somit mit 9,6 Steuerzehnteln unter dem Mittelmass.

In der untersten Zeile verweise ich auf die Schulden ohne Spezialfinanzierung. Zu beachten ist, dass das für den Jahresbeginn von 2013 und 2014 gilt, also Null.

Ich habe vorhin von Glück gesprochen. Dazu einige grundsätzliche Bemerkungen: Auf Seite 11 schreibt der Gemeinderat unter „Ausblick“: *„Das wirtschaftliche Umfeld ist schwierig einzuschätzen, erscheint aus heutiger Sicht jedoch ziemlich stabil“*. Wenn wir die geopolitische Situation betrachten, die ja ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Umfeld hat, dann ist diese alles andere als stabil. Auch wenn sich grosse Teile der Schweizer Bevölkerung in Sicherheit wiegen und den Linken glauben schenken, müssen die anderen umso mehr wachsam bleiben und mehr dagegen tun. Deswegen nehme ich mir sehr viel Zeit, um aktiv bei einem militärischen Milizverband mit zu tun.

Zum wirtschaftlichen Umfeld: Massgebende Ökonomen verbreiten ganz unterschiedliche Prognosen für die Volkswirtschaft. Es gibt solche, die global eine Deflation voraussagen, wenn die ergriffenen Massnahmen dagegen nicht greifen. Die Notenbanken, wie die der USA, des IWF Internationale Währungsfonds, die EZB Europäische Zentralbank und auch unsere SNB senken die Leitzinsen und kaufen Schuldbriefe oder anderes. Das Geld soll raus. Eine Deflation ist für die Volkswirtschaft schlimmer als eine Inflation. Sie kann sogar zur Depression führen. Sinkende Preise haben zur Folge, dass sich der Konsum rückläufig bewegt. Man hält mit Käufen und Investitionen zurück. Unternehmen kommen ins Schlingern, die Löhne sinken oder können nicht mehr bezahlt werden. Die Staatsschulden steigen ins Unermessliche und können zum Staatsbankrott führen.

Zurück nach Zollikofen: Es ist richtig, wenn für 2015 keine Steuererhöhung beantragt wird, auch keine Erhöhung der Liegenschaftssteuern und der Hundetaxe. Dem Voranschlag 2014 haben wir vom FdU letztes Jahr zugestimmt, unter der Voraussetzung, dass eine ASP, Aufgaben- und Strukturüberprüfung an die Hand genommen wird, mit direktem Antragsrecht der FiKo an den GGR. In dieser Richtung ist nicht viel gegangen. Für 2015 werden wir uns deshalb die Parole noch überlegen. Wenn man einfach die Defizite an das vorhandene Eigenkapital anrechnen kann, verleitet das zu Ausgabenfreudigkeit, statt den Fünfer zweimal umzudrehen bevor man ihn ausgibt.

Zum Schluss eine Anregung: Wir sollten wieder zur Regelung kommen, wie wir sie während mindestens 40 Jahren praktiziert haben, nämlich, dass das Ergebnis des Voranschlages den GGR-Mitgliedern gleichzeitig wie der Presse zugestellt wird, statt vier bis fünf Tage später. Heute ist das dank des Internets auch viel einfacher. Dank zum Voraus.

Rechnungsjahr	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
in Tsd.Fr.								
<b>a) Voranschlag Aufwand-</b>								
<b>überschuss</b>	<b>-1'492</b>	<b>-1'200</b>	<b>-541</b>	<b>-651</b>	<b>-1'412</b>	<b>-691</b>	<b>-1'051</b>	<b>-1'327</b>
<b>b) Abschlussprognosen Fi.-Verwaltg.</b>								
im Oktober:								
<b>Aufwandüberschuss</b>	<b>-823</b>	<b>-800</b>				<b>-472</b>	<b>-605</b>	<b>-1'272</b>
<b>Ertragsüberschuss</b>			<b>57</b>	<b>2'537</b>	<b>300</b>			
<b>c) def. Rechnungsergebnis:</b>								
<b>+ / - Überschuss</b>	<b>1'209 *)</b>	<b>917 *)</b>	<b>443 *)</b>	<b>3'376*)</b>	<b>1'707*)</b>	<b>-334</b>	<b>137*)</b>	<b>- ?</b>
<b>Fehlprognosen</b>	<b>2'701</b>	<b>2'117</b>	<b>984</b>	<b>4'027</b>	<b>3'117</b>	<b>357</b>	<b>1'188</b>	<b>- ?</b>
<b>Steueranlage</b>	<b>1,45</b>	<b>1,45</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>	<b>1,40</b>
*) 2007-2013 total 7,8 Mio.Fr. als zusätzliche Abschreibungen verwendet (wären effektiv Eigenkapital)								
<b>Eigenkapital per anfangs Jahr:</b>								
a) in Mio. Fr.	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,4	14,4
b) in Steuerzehnteln: Zollikofen								9,6
Mehrheit der bern. Gemeinden über								12,0
<b>Bestandesrechnung per 1.1.2014:</b>								<b>Mio.Fr.</b>
					<b>Finanzvermögen</b>			<b>34,4</b>
					<b>Verwaltungsvermögen</b>			<b>17,5</b>
					<b>Total</b>			<b>51,9</b>
								<b>117,9</b>
					<b>Mobilien</b>			<b>14,1</b>
					<b>d.h. mind. 100 Mio.Fr. stille Reserven</b>			
<b>Mittel- und langfristige Schulden (ohne Spez.-Fi.): per 1.1.</b>							<b>Null</b>	<b>Null</b>

Präsidentin: Gibt es weitere allgemeine Wortmeldungen aus dem Rat? Nein. Dann kommen wir zur Detailberatung. Wer sich meldet, soll bitte die Seite und die Kontonummer angeben. Wir sammeln bei jedem Konto die Voten und zum Schluss der Konten kann der Gemeinderat Stellung nehmen. Bei jedem Konto hat zuerst die GPK, dann die Ratsmitglieder und zum Schluss der Gemeinderat das Wort.

#### **Konto 0 Allgemeine Verwaltung, Seiten 4 bis 6**

Das Wort wird nicht verlangt.

#### **Konto 1 Öffentliche Sicherheit, Seiten 6 bis 8**

Das Wort wird nicht verlangt.

**Konto 2 Bildung, Seiten 8 bis 11 (ohne Kontengruppe 212 Sekundarstufe I)**

Ahila Gunaratnam, GPK: 210.317.03 Primarstufe; Schullager, Schulreisen, Projekte: Die GPK wünscht nachträglich noch Antwort auf die Frage, weshalb für Landschulwochen nur noch Fr. 10'590.00 budgetiert werden, fast nur noch halb so viel wie im Vorjahresbudget mit Fr. 19'940.00.

217.314.02: Schulliegenschaften; Liegenschaftsunterhalt Primarstufe: Der in der Unterlage "Kommentar und Erläuterungen" fett gedruckte Betrag von Fr. 77'970.00 ist falsch, die Zahl aus dem Vorjahresbudget wurde übernommen. Die Auflistung mit den Detailbeträgen ist jedoch richtig, ebenso die Zahl im Voranschlag-Heft.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Die zweite Frage hat sich erledigt, mit den Liegenschaften. Zur ersten Frage: In der Regel gehen mehrheitlich alle fünften und sechsten Klassen in ein Schullager. Es gibt Lehrer, die gehen früher, also bereits in der Fünften, andere eher später. Es hat sich ein Rhythmus eingespielt, ungefähr alle zwei Jahre kommen Stufenklassen und das Schuljahr ist Berechnungsjahr. Es gehen auch Klassen gemeinsam, es geht halt weniger lang, hat aber mehr Klassen. In dem Jahr sind sieben Klassen im Schullager und im nächsten Jahr sind es vier Schulklassen.

Samuel Tschumi SVP: Budgetposten 210.317.02, Seite 8. Beim vorliegenden Budgetposten stellen sich bei mir mehrere Fragen. Wieso wird trotz eines vorhandenen Freibades der Wassersicherheitscheck, der in der vierten Klasse an vier Nachmittagen durchgeführt wird, im Hallenbad Bolligen absolviert? Das Hirzi hat fünf Monate jährlich geöffnet. Davon fallen drei Monate in die Schulzeit. Einziger Grund, das Schwimmen nicht im Hirzi durchführen zu können, wäre für mich ein Gewitter. Dies ist aber nicht sehr häufig der Fall. Da das Wasser im Hirzenfeld geheizt ist, kann man auch bei Regen, oder bei Temperaturen, wie sie im Mai/Juni und Ende August/Anfang September vorherrschen, eine Lektion durchführen. Ausserdem sollen die Schülerinnen und Schüler angeregt werden, auch in der Freizeit ins Hirzi zu gehen.

Deshalb finde ich es keine gute Lösung, ins Hallenbad Bolligen zu gehen. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass die Schüler nur noch bei Postkartenwetter ins Freibad gehen. Und wieso fährt man mit kleinen Bussen nach Bolligen, das ist nicht ökologisch. Das Bad ist mit dem ÖV erreichbar, oder mit dem Velo. Ich wundere mich etwas, dass die Grüne Fraktion hier nicht interveniert. Das gehört meines Erachtens auch zum Punkt "Goldlabel Energiestadt." Leider wird dieser Punkt aber nicht durch das zuständige Organ beurteilt. Dieser Punkt hat den Unterschied, dass man nicht wie sonst, immer mehr Geld ausgibt, wenn man Energie spart, sondern Geld spart. Die Schlussfolgerung überlasse ich jedem Einzelnen.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Der Wassersicherheitscheck ist vorgeschrieben und obligatorisch. Bis Ende viertes Schuljahr müssen ihn sämtliche Schülerinnen und Schüler absolviert haben. Das sind alle Viertklässler inklusive Klasse für besondere Förderung, also Wiedereingliederungsklasse. Wir haben es im Hirzenfeld versucht und es geht gar nicht nur darum, ob man nur bei schönem Wetter schwimmt und das alles "Weicheier" sind, die bei Regen nicht schwimmen. Der Grund ist ein ganz anderer. Schwimmen unterrichten und mit Kindern in eine Badi gehen dürfen "normale" Lehrer in der Regel nicht mehr. Vom Kanton ist ebenfalls vorgeschrieben, wer mit den Kindern ans Wasser geht, muss auf dem neusten Stand der Rettungsschwimmer-Brevets sein, oder Schwimmlehrer sein. Das führte dazu, dass wir für den Check professionelle Schwimmlehrpersonen haben, diese sind extern. Ich kann sie nicht kurzfristig organisieren, wenn das Wetter schön ist. 2013 und 2014 hat man es im Hirzi probiert und nun ist es in Bolligen. Dort kann man frühzeitig die Schwimmlehrkräfte organisieren und das Hallenbad reservieren. Im Wylerbad war es nicht möglich, die Stadt Bern ist ohnehin knapp an Hallenbädern.

Samuel Tschumi, SVP: Meine zweite Frage wurde noch nicht beantwortet, bezüglich der ökologischen Thematik.

Sabine Huber, Gemeinderätin: Ich kann hier keine schlüssige Antwort darauf geben. Der ökologische Gedanke betrifft die Bildung nicht direkt. Zum Hirzi hin wäre das möglich. Aber mit einer ganzen Schulklasse und dem Organisieren mit ÖV's war es für uns mit Bussen einfacher zu bewerkstelligen.

### **Konto 3 Kultur/Freizeit, Seiten 11 bis 13**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Konto 4 Gesundheit, Seite 13 bis 14**

Das Wort wird nicht verlangt.

### **Konto 5 Soziale Wohlfahrt, Seiten 14 bis 16**

Toni Oesch, FdU: Seite 15, Rubrik 570, Betagtenheim. Bei dieser Rubrik benütze ich die Gelegenheit, auf Folgendes aufmerksam zu machen: In der Sonntagspresse ist kürzlich ausführlich geschrieben worden unter dem Titel „*Altersheime tricksen Betagte und Behörden aus*“. Im ganzen Bericht wird nur eine Institution genannt, und zwar gerade vier mal und nicht lobend, nämlich die Berner Pflegeheimkette Senevita. Die Senevita wird das Alterszentrum an der Bernstrasse betreiben. Es ist selbstverständlich, dass die Verantwortlichen der Gemeinde dannzumal zum Rechten schauen müssen. Vertragsgemäss wird das Zentrum das Personal unseres Betagtenheims übernehmen, und zwar zu den gleichen Bedingungen, aber nur für eine befristete Zeit.

### **Konto 6 Verkehr, Seiten 16 bis 18**

Markus Bacher, GPK: Zu 620.390.01; Gemeindestrassen; öffentliche Beleuchtung: Die GPK möchte wissen, wie die erwähnten "höheren Unterhaltsaufwendungen" mit den Informationen vereinbar sind, die beim Entscheid über den Kauf des Beleuchtungsnetzes von der BKW AG vorlagen. Im Bericht und Antrag an den GGR wurde damals eine "Kosteneinsparung" bei "Betrieb und Unterhalt" von jährlich rund Fr. 12'250.00 erwähnt (Reduktion von Fr. 41'250.00 auf Fr. 29'014.00), und in der Abstimmungsbotschaft hiess es, die Gemeinde werde längerfristig Kosten sparen können.

Peter Traber, Gemeinderat: Im Bericht, der seinerzeit an den Grossen Gemeinderat gegangen war, waren auch die Unterhaltskosten ausgewiesen. Die Kosten, die dort nach dem alten Modell angefallen sind, waren einerseits Unterhaltskosten und andererseits Ersatzlampen. Aber diese wurden nicht den Unterhaltskosten angelastet sondern dem Anlagekapital. Dies führte bei der Gemeinde zu höherer Zinsbelastung. Mit der Übernahme der öffentlichen Beleuchtung setzt sich diese Position neu zusammen aus den Unterhaltskosten, die tatsächlich tiefer sind aber dazu kommen die Ersatzlampen und das führt zu dieser leichten Erhöhung. Danke für den Hinweis.

### **Konto 7 Umwelt und Raumordnung, Seiten 18 bis 22**

Bruno Vanoni, GPK: Konto 700.315.02; Wasserversorgung; Pläne, Projekte, Gutachten" und 710.362.01: Abwasserentsorgung; Betriebsbeitrag ARA: Die fett gedruckten Zahlen rechts in der Unterlage "Kommentar und Erläuterungen" sind falsch. Die jeweiligen Erläuterungen dazu jedoch richtig, ebenso die Zahlen im Voranschlag-Heft.

Peter Traber, Gemeinderat: Was die Position Abwasserentsorgung; Betriebsbeitrag ARA anbelangt, so trifft das zu, bei der anderen Position "Wasserversorgung" konnten wir das nicht

nachvollziehen. Meines Erachtens steht dort die richtige Zahl. Wir haben dort ausgewiesen 700.315.02 Fr. 60'310.00 und das ist der Betrag der in der Laufenden Rechnung abgebildet ist.

Toni Oesch, FdU: Seite 22, Rubrik 790.362.01 "Beitrag an Regionalkonferenz Bern Mittelland", Fr. 55'900.00: Der Presse hat man entnehmen können, dass sich die SVP für die Aufhebung der Regionalkonferenzen einsetzen wird. Das wird auch von uns unterstützt werden. Wenn nämlich die Regionalkonferenz Bern Mittelland die Schaffung eines Grossbern anstrebt, dann muss man für die Aufhebung sein. Da hat es geheissen, die jüngste Tramabstimmung wäre durch ein Grossbern angenommen worden. Mit anderen Worten, Köniz und Ostermündigen wären überstimmt worden.

### **Konto 8 Volkswirtschaft, Seiten 22 bis 23**

Bruno Vanoni, GPK: Zu 860.410.00; Elektrizität; Gemeindeabgabe BKW Energie AG: Die Mindereinnahmen aufgrund des neuen Vertrags mit der BKW beruhen auf neuen Parametern und klaren Vorgaben, die der Gesetzgeber auf Bundesebene im Zuge der Stromliberalisierung festgelegt hat.

### **Konto 9 Finanzen und Steuern, Seiten 23 bis 25**

Patricia Zangger, GPK: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch, FdU: Seite 23, Rubrik 900.400.01 "Einkommenssteuern natürlicher Personen": Ich habe vorhin bei den allgemeinen Bemerkungen darauf hingewiesen, dass bei der Budgetierung möglicherweise nicht mehr grosse Abweichungen gegenüber dem effektiven Rechnungsergebnis möglich sind. Im Politikplan wird für 2015 ein Wachstum der Einkommenssteuern natürlicher Personen von 4,80 Prozent gegenüber dem Voranschlag 2014 vorausgesagt. Und im Kommentar zum Voranschlag 2015 wird auf Seite 20 von einem Nettowachstum gegenüber dem Steuerjahr 2013 von 5,2 Prozent geschrieben, inklusive der 1,2 Prozent für die Aufhebung der Berufskostenpauschale. Das könnte eventuell zu hoch gegriffen sein.

Warum? Als Basis für die Steuereinnahmen 2015 gelten die Einkommen von 2014. Als die Budgetierung diesen Sommer an die Hand genommen worden ist und man sich auf Zahlen des Kantons gestützt hat, ist man noch von einer Erholung der Finanzkrise ausgegangen. Inzwischen haben aber das SECO und die KOF ihre Prognosen für 2014 heruntergeschraubt. Auch im Zwischenbericht vom 8. Oktober von Herr Portner ist von Mindereinnahmen von Einkommenssteuern natürlicher Personen für dieses Jahr die Rede. Aber andererseits haben wir in Zollikofen jeweils Konjunkturbaisen relativ gut überstanden, weil unsere Steuerzahler mehrheitlich im tertiären Sektor tätig sind oder waren, zum Beispiel in Verwaltungen mit jährlich automatisch wiederkehrenden Gehaltserhöhungen. Ob das heute noch Gültigkeit hat, mit den Grossüberbauungen und den Neuzuzügern in den letzten Jahren, ist fraglich.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat noch äussern? Somit haben wir diese Detailberatung abgeschlossen. Bitte nehmen Sie das blaue Dossier zur Hand.

### **Produktbudget 2014 für die Sekundarstufe I (Konto 212)**

Präsidentin: Wir gehen das Budget im blauen Heft produktweise durch.

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Gibt es Bemerkungen zu Produkt 1 "Unterricht"? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkungen zu Produkt 2 "Kultur und Projekte"? Das ist nicht der Fall. Gibt es Bemerkun-

gen zu Produkt 3 "Gesundheit und Soziales"? Das ist nicht der Fall. Produkt 4 "Information und Zusammenarbeit"? Das ist auch nicht der Fall.

Präsidentin: Somit haben wir die Detailberatungen abgeschlossen und kommen zu den Schlussabstimmungen. Wir stimmen zuerst über Buchstabe B ab. Es geht hier um die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Die Stimmen müssen deshalb ausgezählt werden.

Wer die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2015 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes für das Jahr 2015 von Fr. 330'550.00, unter Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten zum Voranschlag 2015, genehmigen will, soll die Hand erheben.

### Abstimmung

**B) Unter Vorbehalt des fakultativen Referendums beschliesst der Rat mit 35 Ja-Stimmen gegen 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen (anwesende Ratsmitglieder 35, Vorsitz stimmt nicht mit), die Produktedefinition für den NPM-Bereich Sekundarstufe I zu genehmigen.**

Präsidentin: Wir kommen zu Punkt C: Wer diesem zustimmen will, soll die Hand erheben.

### Abstimmung

**C) Zu Handen der Stimmberechtigten beschliesst der Rat mit 34 Ja- gegen 0 Stimmen bei 1 Enthaltung (anwesende Ratsmitglieder 35<sup>1</sup>, Vorsitz stimmt nicht mit):**

1. Der Voranschlag für das Jahr 2015 wird genehmigt.
2. Für das Jahr 2015 werden die Steueranlagen wie folgt festgesetzt:
  - a. Ordentliche Steueranlage: das 1,40fache der gesetzlichen Einheitssätze;
  - b. Liegenschaftssteuern: 1,0‰ des amtlichen Wertes.

Präsidentin: Somit kommen wir nun zur Beratung der Botschaft. Wir gehen die Botschaft seitenweise durch. Die GPK kann ihre Bemerkungen zu Beginn anbringen.

Bruno Vanoni, GPK: Auch dieser Botschaftsentwurf bedarf nach Ansicht der GPK einer sorgfältigen redaktionellen Überarbeitung, damit den Stimmberechtigten eine sprachlich möglichst fehlerfreie und inhaltlich besser verständliche Fassung vorgelegt werden kann. Verbesserungen sind auch bei den grafischen Darstellungen (S. 16/17) anzustreben, z. B. Anpassung der Skalierungen an die vorkommenden Zahlen, insbesondere bei der Grafik "Nettoaufwand", Seite 17, wo zur besseren Verständlichkeit auf der vertikalen Skala auch 0 angegeben werden sollte.

Wir haben eine generelle Bemerkung: Die GPK erwartet, dass insbesondere Entwürfe für Abstimmungsbotschaften, die sich an eine breite, mit dem Inhalt nicht schon vertraute Leserschaft richten, verwaltungsintern korrigiert und punkto Verständlichkeit und Aussagekraft optimiert werden. Dies ist nicht zuletzt auch angebracht, damit die beantragten Investitionen ins Re-Design der Verbesserung des grafischen Erscheinungsbildes von Gemeindepublikationen sich wirklich lohnen. Und damit auch die grosse Arbeit, die jeweils hinter den Vorlagen steckt, gebührend zur Geltung kommt.

Präsidentin: Will der Gemeinderat Stellung nehmen?

---

<sup>1</sup> Protokollkorrektur: Siehe Seite 167, Protokoll vom 26.11.2014

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, wir wissen, dass wir ein grosses Publikum vertreten, gutes Schriftgut abgeben zu können und der Gemeinderat hat bereits vor der Bemerkung der GPK entsprechende Beschlüsse gefasst in Zusammenhang mit dem neuen Kommunikationskonzept dem wir per 1. Januar 2015 Rechnung tragen und die Botschaften einer sprachlichen Vorprüfung verwaltungsintern unterziehen. Es wird jemand sein, der nicht mit der Materie vertraut ist und als Aussenstehende urteilen kann.

Wir gehen die Botschaft nun seitenweise durch. Gibt es Bemerkungen aus dem Rat zur Seite 1 bis 3? Das ist nicht der Fall.

Präsidentin: Bemerkungen zu Seite 4 bis und mit 11?

Hans-Jörg Rhyn, SP: Seite vier oben rechts kursiv gedruckt ist der Hinweis auf das Rechnungsergebnis 2014. Ist das bei dieser kleinen Abweichung, die sich jetzt ergibt, noch nötig oder könnte man den Hinweis auf die Laufende Rechnung ausnahmsweise weglassen?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Das Ergebnis bleibt drin, die Abweichungen können wir weglassen.

Marcel Remund, FDP: Beim kursiv Gedruckten steht immer "Vorjahr", aber es sind die Budgetzahlen 2014, die verglichen werden. Aus Sicht des Vorjahres, wenn die Abstimmung stattfindet, ist das Jahr 2013, müsste man dort nicht schreiben "Voranschlag 2014"?

Kurt Jörg, Gemeinderat: Wir nehmen dies so an und schreiben die Jahrzahlen in Klammern hin.

Toni Oesch, FdU: Das habe ich bereits letztes Jahr gesagt, es wurde abgelehnt, nicht einmal ein Hinweis wurde gemacht. Dann regeln wir das halt jeweils im Mitteilungsblatt Zollikofen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Seiten 5 bis 12. Keine Bemerkungen. Die Laufende Rechnung, Seite 13 bis 15? Keine Bemerkungen. Seiten 16 bis 17?

Marc Niklaus, SP: Im Anschluss an Bruno Vanonis Votum wegen der Lesbarkeit könnte ich mir vorstellen, dass wir auf viele Kommastellen verzichten könnten. Wenn man die Zahlenblöcke anschaut, sollte man nicht gerade erschlagen werden. Wenn "...,00" steht, kann man das meines Erachtens auch weglassen. Das ist kein Antrag sondern eine Anregung.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Wir nehmen dies so entgegen.

Präsidentin: Damit sind wir am Ende der Beratung. Ich frage an, ob Sie einverstanden sind, den Botschaftsentwurf mit den nötigen Bemerkungen, die das Büro aufnehmen wird, zu akzeptieren? Bitte erheben Sie die Hand.

### **Abstimmung**

#### **A) In eigener Kompetenz:**

**Der Botschaftsentwurf wird grossmehrheitlich mit Anpassungen genehmigt.**

---

60 1.201.3 Finanzkommission

### **Finanzkommission; Ersatzwahl**

Präsidentin: Am 24. August hat Heinz Buser, FDP, seinen Rücktritt als Mitglied der Fiko per 30. September 2014 bekannt gegeben. Für die Amtsdauer vom 1. Oktober 2014 bis 31. Ja-

nuar 2017 ist eine Ersatzwahl vorzunehmen. Die FDP hat per Vorstandsbeschluss vom 29. September Marcel Remund, Bernstrasse 92, 3052 Zollikofen, als Mitglied des GGR vorgeschlagen.

Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. **Ich erkläre Marcel Remund in Anwendung von Artikel 56 GOGGR als neues Mitglied der Finanzkommission gewählt.**

---

61 1.92.3 Interpellationen

**Interpellation Heinz Buser und Mitunterzeichnende betreffend "Laufende Mehrbelastungen für die Gemeinde wegen Zusatzaufgaben / Entscheidkompetenz Gemeinderat"; Antwort**

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt vor. Möchte sich der Gemeinderat äussern?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Dann hat der Interpellant Gelegenheit sich kurz zur Antwort zu äussern. Heinz Buser ist aber bereits aus dem GGR ausgetreten. Wer möchte sich in Vertretung äussern?

Roland Stucki, EVP: Seite 2, Beschluss GR 12. April 2010. Dort ist eine Zahl darin, die falsch ist, "Verein Arche Noah, Fr. 2'800.00 Mehrkosten". Richtig ist Fr. 2'400.00.

Ralph George, FDP: Ich möchte im Namen des Interpellanten für die saubere Auflistung der Zahlen danken, bei denen wir annehmen, dass sie plus/minus stimmen. Das Ziel der Interpellation war es, aufzuzeigen, was sich an kleineren und mittleren Ausgabepositionen, die im GGR beschlossen werden so alles zusammenläppert und auch vom GR in eigener Kompetenz beschlossen werden. Was wir vermissen in der Antwort ist die Totalisierung der Beträge, es geht ja auch darum, zu sehen, was das für Dimensionen sind, die da entstehen. Wir haben es zusammengezählt. An Einzelbeträgen pro Jahr, oder auch an jährlich wiederkehrenden Beträgen, setzt der GGR jährlich rund Fr. 667'000.00 in Bewegung. Zusätzlich hat der Gemeinderat durchschnittlich jährlich zusätzliche Beträge von insgesamt pro Jahr im Durchschnitt Fr. 166'000.00 beschlossen. Total sind das Fr. 833'000.00. Wir behaupten nicht, dass das falsche Beschlüsse gewesen sind, aber die Tatsache ist, dass dieses Geld rausgeht. Es ist ein halber Steuerzehntel, der versickert. Wir wollen dies bewusst machen im GGR und festhalten, dass diese Politik nicht befriedigend ist. Umso mehr wir heute schon von roten Zahlen und Steuererhöhung geredet haben.

Präsidentin: Das Geschäft ist erledigt.

---

62 1.92.4 Einfache Anfragen

**Einfache Anfrage Anne Lise Greber-Borel betreffend "Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen"; Antwort**

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt vor.

---

63 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Überparteiliche Motion betreffend Beitrag der Gemeinde Zollikofen an den Soforthilfefonds für Verdingkinder und andere Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen**

In seiner Antwort auf die Interpellation „Haltung der Gemeinde Zollikofen zu den Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen“ vom 4. August hat der Gemeinderat festgestellt, „nach heutigem Wissensstand“ seien ihm „keine gravierenden Fälle“ bekannt. Er hat es deshalb abgelehnt, nach dem Muster anderer Gemeinden einen freiwilligen Beitrag in den Soforthilfefonds für meist hochbetagte, materiell notleidende Opfer zu bewilligen.

Anlässlich der Behandlung der Interpellation im Grossen Gemeinderat hat die Vertreterin des Gemeinderates am 27. August gesagt: „Es ist dem Gemeinderat klar, dass er mit der Beantwortung der Fragen dieser Interpellation den Betroffenen absolut nicht gerecht werden kann. Die Gemeinde macht jedoch, was sie kann, um zu erfahren, was passiert ist, seinerzeit.“

In der Berner Tageszeitung „Der Bund“ war am 27. September die eindrückliche Lebensgeschichte eines Betroffenen zu lesen, der in den späten 60-er und frühen 70-er Jahren von den Fürsorgebehörden Zollikofens von seinen Geschwistern getrennt in ein Kinderheim und später in eine Arbeiterziehungsanstalt eingewiesen worden war. Dieses Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen hat sich gemäss dem gleichen Zeitungsbericht im September zu einer Besprechung mit den Gemeindebehörden von Zollikofen getroffen.

Die Schilderungen des Betroffenen seien „sehr eindrücklich“ gewesen, sagte Gemeindepräsident Daniel Bichsel dazu dem „Bund“. Warum man die Geschwister damals getrennt habe, sei schwierig nachzuvollziehen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt auf den eingangs erwähnten Entscheid gegen einen Beitrag an den Soforthilfefonds zurückkommen werde.

Aufgrund dieser Entwicklung und des mittlerweile bekanntgewordenen grossen Bedarfs nach Soforthilfe wollen die Unterzeichnenden den Gemeinderat ermutigen, auf seinen Entscheid zurückzukommen. Konkret wird der Gemeinderat mit dieser Motion beauftragt, einen angemessenen freiwilligen Beitrag der Gemeinde Zollikofen an den Soforthilfefonds zu beschliessen und dem Grossen Gemeinderat gegebenenfalls Bericht und Antrag zu erstatten.

Begründung:

Zur Begründung des Anliegens wird auf die erwähnte Interpellation verwiesen; hier folgen nur einige Ergänzungen: Mit der überparteilichen Motion wird zum Ausdruck gebracht, dass das Anliegen keine parteipolitisch motivierte Forderung ist, sondern ein Anliegen, das quer durch die Parteienlandschaft unterstützt wird. So haben sich im Namen des Bundesrates sowohl Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) als auch Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) bei den Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen für erlittenes Unrecht und Leid entschuldigt.

Der im Auftrag des Bundesrates und seines früheren Delegierten Hansruedi Stadler (CVP) einberufene Runde Tisch, an dem auch die Gemeinden mitwirken, hat die Schaffung eines staatlichen Solidaritätsfonds für Entschädigungen an die Opfer vorgeschlagen. Bis dieser politisch beschlossen und gesetzlich geregelt ist, soll ein Soforthilfefonds, geführt von der Glückskette, rasch und unbürokratisch Hilfe an Betroffene leisten, die sich in besonders schwierigen finanziellen Notlagen befinden. Der freiwillige Beitrag der Stadt Bern an diesen Nothilfefonds geht auf einen Vorstoss der SVP zurück, jener der Gemeinde Köniz auf eine Interpellation der Grünen. Diese und weitere Gemeinden leisten freiwillige Beiträge in der Höhe von meist einem Franken pro Kopf der Bevölkerung (die Höhe des freiwilligen Beitrags liegt im freien Ermessen der jeweiligen Gemeinde).

Mittlerweile ist auch eine eidgenössische Volksinitiative für Wiedergutmachung lanciert worden, die von Bundesparlamentariern aus allen Parteien unterstützt wird (also auch von den in dieser Begründung bisher nicht erwähnten Parteien FDP, GLP und EVP). Doch auch bis über diese Volksinitiative entschieden ist, werden Jahre vergehen – und in dieser Zeit sind insbesondere betagte Opfer auf Unterstützung aus dem Soforthilfefonds angewiesen.

Gemäss einer Mitteilung des aktuellen Delegierten des Bundesrates für die Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen, Luzius Mader, sind in den ersten sechs Monaten des Soforthilfefonds 500 Gesuche eingegangen; 300 davon sollen bis Ende Oktober behandelt sein; jene von älteren und gesundheitlich angeschlagenen Personen werden mit Priorität behandelt. Bei den gewährten Beiträgen in der Höhe von 4000 bis 12'000 Franken handelt es sich nicht um juristisch begründete Entschädigungen für erlittenes Unrecht, sondern um Gesten der Solidarität gegenüber Personen, die aufgrund der früheren Gesetzgebung und Fürsorgepraxis schwierige Erfahrungen machen mussten und jetzt ganz besonders auf finanzielle Hilfe angewiesen sind.

Ein finanzieller Beitrag der Gemeinde Zollikofen an den Soforthilfefonds ist auch gerechtfertigt, weil das Handeln der früheren Fürsorgebehörden zum Teil „schwierig nachvollziehbar“ ist und wohl auch nicht frei von Fehlern war. In den Akten eines ehemaligen Heimkindes aus Zollikofen, die in einem ausserkantonalen Staatsarchiv erhalten geblieben sind, wird beispielsweise in einer Stellungnahme der Berufsberatung auf die ungenügende Förderung seiner Entwicklung in der Dorf- und später in der Heimschule hingewiesen: „Es war sicher ein Fehler, dass X.Y. nicht von den untersten Klassen weg Sprachheilunterricht erteilt wurde.“

---

64      1.92.4      Einfache Anfragen

**Einfache Anfrage Markus Burren betreffend "Auszahlung von Vernetzungsbeiträgen"**

Den Landwirten stehen in Zusammenhang mit dem Vernetzungskonzept jährlich Beiträge von Seite Kanton Bern zwischen CHF 20'000 und 30'000 zu. Dieses Konzept sollte seit drei Jahren durch die Verwaltung aktualisiert werden. Da bisher keine aktualisierte Version bei der Abteilung Naturförderung des Kantons Bern eingegangen ist, werden die Beiträge erstmals im Jahr 2014 gestrichen. Dies, obwohl die Landwirte ihre Leistung (einschränkende Bewirtschaftung) nach Treu und Glauben auch in diesem Jahr erbracht haben.

Im Rahmen des Geschäftes "Politikplan 2015 bis 2019" stellt Markus Burren deshalb folgende Fragen:

- Wer bezahlt den Landwirten die Beiträge?
- Wie ist das Vorgehen um bei schwindender Kulturlandfläche die knapp 9 ha zusätzlich geplanten Vernetzungsflächen in der Gemeinde zu generieren?

---

Präsidentin: Damit sind wir am Ende dieser Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung findet am 26. November statt. Wegen des anschliessenden Jahresschluss-Essens beginnt die Sitzung bereits um 18 Uhr. Weil wir aber mit einer Sitzungsdauer von circa drei Stunden rechnen, bieten wir danach hier im Foyer ein "Bettmüpfeli Riche". Bitte tragen Sie auch den 6. November in die Agenda ein. Ich danke allen für das disziplinierte Verhalten und wünsche eine erholsame Nacht.

Wir wären froh, wenn die Mitglieder des Ratsbüros nach vorne kommen könnten, wegen der morgigen Sitzung.